

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 27. Juni 2016**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

7. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr

Ende der Sitzung: 17.42 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 6. Sitzung des Gemeinderates vom 30.05.2016 liegt zur
Einsichtnahme auf.

***Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß
3. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Margarete Josseck-Herd

Gemeinderäte:

Christian Fila

Mag. Georg Parzmayr

Egon Schatzmann

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

DI. Gunter Haydinger

Mark Paulusberger

Ralph Schäfer

Olivera Stojanovic, BSc

Christiane Kroiß

Elke Ruetz

Ronald Schiefermayr

Georg Taitl

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Klaus Hoflehner

Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Ernst Kirchmayr

Mag. Phil. Mato Simunovic

Stefan Ganzert

Laurien Janina Scheinecker

Barbara Wildfellner

Mag. Bernhard Humer

Petra Wimmer

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Stefan Haböck

Sybille Prähofer

Augustine Hacker

Markus Wiesinger

Walter Zaunmüller

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Mag. Elke Mayerhofer

MMag. Stefanie Rumersdorfer

Prof. Mag. Walter Teubl

NEOS

Gemeinderat:

Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schritfführer:

W.OAR. Inge Maderthaner

Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Karl Schönberger

GR. LAbg. Dr. Peter Csar

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 16.06.2016 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage von Vzbgm. Huber und GR. Ganzert gemäß § 10 GOGR an Bürgermeister Dr. Rabl betreffend befristete Dienstverhältnisse im Magistrat
DI-Verf-101-2016

Bgm. Dr. Rabl: Vzbgm. Silvia Huber und GR. Stefan Ganzert richteten folgende Anfrage an mich:

„Sie haben sehr bald nach ihrer Amtsübernahme begonnen befristete Dienstverhältnisse im Magistrat aufzukündigen.

Abgesehen von den persönlichen Schicksalen hat das in den vergangenen Monaten bereits teils zu Problemen im laufenden Dienstbetrieb geführt, teilweise wird mit Fremdpersonal gearbeitet.

Ein Beispiel, wo seit einiger Zeit eine externe Firma eingesetzt wird, ist im Bereich der Reinigung im Welldorado.

Aus diesem Sachverhalt ergeben sich folgende Fragen:

Inwieweit macht es für sie Sinn, auf der einen Seite Personal einzusparen, auf der anderen Seite eine Fremdfirma zu engagieren, um gesetzlich notwendige Aufgaben zu erledigen?

Wie viele Personaleinheiten müssen über diese externe Firma zugekauft werden, damit die Stadt Wels ihre Aufgaben erfüllen kann?

Seit wann besteht dieser externe Personalbedarf?

Wie lange soll dieser Umstand, dass Personal im Bereich der städtischen Bäder „zugekauft“ werden muss, anhalten?

Wie hoch lassen sich die finanziellen Einsparungen bzw. die möglichen Mehrkosten dieser Fremdvergabe beziffern?“

Auf viele Fragen könnte ich bereits eine Antwort geben, jedoch fehlt mir noch eine Antwort was die finanziellen Einsparungen betrifft. Das Problem liegt im Wesentlichen darin, ob Krankenstandstage, Urlaubstage usw. bei den Stundensätzen miteingerechnet werden. Deshalb werde ich diese Anfrage schriftlich beantworten.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Rechnungshofbericht 2015; Auszahlung und Hereinbringung
von Unterhaltsvorschüssen; Prüfungsauftrag;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
DI-Präs-2007-2015

Bgm. Dr. Rabl: Der Rechnungshofbericht 2015 (Anlage 1) im Zusammenhang mit der Hereinbringung von Unterhaltsvorschüssen ging ihnen zu. Er betrifft vor allem die Bereiche Unterhaltsvorschüsse und deren Einbringlichmachung, wobei wir im Wesentlichen mit der Bezirkshauptmannschaft Schärding verglichen wurden. Dieser Vergleich zu Schärding ergab schlechtere Einbringlichmachungsergebnisse. In Schärding sind mehr Personaleinheiten mit dieser Arbeit betraut als in Wels, so lautete die damit verbundene Rechtfertigung.

GR. Wimmer: Im Rechnungshofbericht wird kritisiert, dass die Einbringungsquote von Unterhaltsvorschüssen nicht im erforderlichen Ausmaß erfüllt wird. Die Empfehlungen lauten: die Einbringungsmaßnahmen zu intensivieren, Mindeststandards für die Einbringung zu erstellen und ein internes Kontrollsystem dafür aufzubauen. Unsere Frage dahingehend lautet: Welche Maßnahmen werden nun konkret getroffen, um die Empfehlungen entsprechend die Einbringung von offenen Unterhaltsvorschüssen zu gewährleisten?

GR. Hufnagl: Die Hereinbringungsquote in Wels liegt bei 29,2 %. Wir werden nicht nur mit Schärding verglichen: Schärding hat 66 % - das ist der höchste Wert bundesweit - und Wels hat mit 29,2 % den geringsten Wert Österreichs.

Der Vergleich mit Schärding soll ein Ansporn sein. Allerdings, das jetzt nur mit Personal zu begründen ist auch dem Rechnungshof zu wenig. Dieser sagt eindeutig: „Die Stadt Wels setzte Einbringungsmaßnahmen nur unregelmäßig und es fehlte in diesem Bereich weitgehend eine Dienstaufsicht.“ Oder: „War der Aufenthaltsort des Schuldners nicht bekannt, so lag die Zeitspanne zwischen dem Melderegister und Arbeitgeberabfrage durch die Stadt Wels in der Regel über 12 Monaten, in einem Fall sogar 3,5 Jahre.“ Also das alles mit zu wenig Personal zu begründen, ist auch mir zu wenig. Welche Maßnahmen werden jetzt für eine Verbesserung dieser Angelegenheiten gesetzt?

Bgm. Dr. Rabl: Vorab möchte ich festhalten, dass der geprüfte Zeitraum die Jahre 2009 bis 2014 betrifft, also in einer Zeit, in der ich noch nicht Bürgermeister war. Die zuständige Abteilung wurde damals von der Referentin Vzbgm. Huber geführt.

Selbstverständlich haben wir aufgrund dieses Rechnungshofberichtes das interne Kontrollsystem massiv gestärkt. Das KDZ hat dazu ein eigenes Konzept erstellt. Eine Prozessbeschreibung wurde von mir beauftragt und die zuständige Beamtin angewiesen, alle Empfehlungen des Rechnungshofs umzusetzen. Wobei hier ein besonderes Augenmerk auf regelmäßige Eintreibungsabstände gelegt wird.

Diese Maßnahmen reichen für eine Umsetzung der Rechnungshofempfehlungen aus, wobei ich schon der Meinung bin, dass eine generelle Restrukturierung und eine Reorganisation des Magistrats dringend erforderlich sind, weil man sieht, dass es bei den Abläufen immer wieder zu

Problemen kommt, wobei diese Abläufe ebenfalls zu schärfen sind. Zur Restrukturierung des Magistrats gibt es ein eigenes Projekt der KPMG. Ich zweifle nicht daran, dass wir im Herbst einen entsprechenden Beschluss umsetzen können und diese Restrukturierung bzw. Reorganisation im Hause Magistrat erfolgen wird, sodass wir nicht nur effizienter, sparsamer und wirtschaftlicher agieren können, sondern darüber hinaus mehr Kontrolle über derartige Abläufe haben, damit derartiges nicht noch einmal passiert.

Vzbgm. Kroiß: Danke! Dieser TOP bedarf keiner Abstimmung, da die Feststellungen des Rechnungshofes durch eine Beschlussfassung des Gemeinderates weder einer Bestätigung bedürfen noch abgeändert werden können.

Der Rechnungshofbericht 2015 wird von den Gemeinderatsmitgliedern zur Kenntnis genommen.

2.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels über die jährliche Familienbeihilfe für die Mitarbeiter der Stadt Wels (Familienbeihilfenregelung 2016)
DI-PersR-009-2016

Der Antrag (Anlage 2) lautet nach Vorberatung im Personalbeirat am 14.06.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte jährliche Familienbeihilfe für die Mitarbeiter der Stadt Wels (Familienbeihilfenregelung 2016) beschließen.

GR. Hufnagl: Mich irritierte der Begriff „Familienbeihilfe“. Dieser sollte überdacht werden. Eine Familienbeihilfe ist meines Erachtens etwas, was der Staat Eltern ausbezahlt für den Unterhalt ihrer Kinder. In diesem Fall kommt jeder Dienstnehmer in den Genuss einer Familienbeihilfe. Nachdem die Beträge im November ausbezahlt werden, wäre es vielleicht eine Weihnachtsprämie oder ähnliches. Den Begriff sollten wir auf jeden Fall ändern – er ist höchst verwirrend und unrichtig.

Zum Thema der Höhe dieser freiwilligen Sozialleistung: Wäre ich in einem Unternehmen und müsste ich darüber entscheiden, ob diese Leistung gerechtfertigt ist oder in welcher Höhe sie gerechtfertigt ist, würde ich mir alle Unterlagen kommen lassen und fragen, welche sonstigen Sozialleistungen gibt es denn noch? So sehe ich das auch als Gemeinderat. Ich kann nicht über eine Sache entscheiden, wenn mir im Prinzip der Kontext dazu fehlt. D.h. die Frage ist, welche freiwilligen Sozialleistungen gibt es noch, die die Stadt ausschüttet? Erst dann könnte ich entscheiden, ja, das ist gerechtfertigt, zu hoch oder zu nieder.

In Ermangelung dieser nicht zur Verfügung gestellten Daten sah ich mir einfach die Rechnungsabschlüsse an. Im Jahr 2013 betragen die Freiwilligen Sozialleistungen ungefähr 855.000 Euro, im Rechnungsabschluss 2015 finde ich eine Summe von 1,015 Mio. Euro. In zwei Jahren hat sich dieser Betrag um 160.000 Euro, um 18,6 % erhöht. Das ist der einzige Anhaltspunkt, den ich fand. So gesehen könnte ich sagen, im Sinne einer Kostenbremse wäre der gegenständliche Antrag richtig. Spannend wäre jedoch noch welche anderen Leistungen es gibt. Es gibt ja noch die Nebengebühren – in dieser sind „haufenweise“ irgendwie die Zulagen enthalten. Es wäre auch schön, wenn es eine Liste über diese Zulagen gäbe, dass man sagen kann, o.k. diese sind zeitgemäß oder nicht; gibt es Stunden, die irgendwie gewährt werden –

kurzum ich kann mich heute nur der Stimme enthalten, weil ich im Prinzip wegen fehlender Informationen keine Entscheidung treffen kann.

Es gibt zu diesem TOP eine Stellungnahme der Personalvertretung, die besagt, dass es durchaus in der Privatwirtschaft üblich ist. Ja – das ist so! Auch in meinem Unternehmen ist das üblich. Allerdings sind in den Unternehmen solche Prämien an irgendwelche Erfolge oder Leistungen gekoppelt. Auch im öffentlichen Dienst darf es Zielerreichungsvorgaben geben. Wenn ich nun an den TOP 1. anknüpfe – es wäre ein Vorschlag zu sagen, die Einbringungsquote sollte bei 50 % liegen. Die Mitarbeiter bekommen für jeden Prozentsatz, mit dem sie das Ziel übersteigen, irgendeine Prämie. D.h. ich finde schon, dass wir langfristig dahin kommen sollten, dass auch Prämien mit speziellen Leistungen verknüpft werden.

GR. Kirchmayr: Als SPÖ-Gemeinderat und als Personalvertreter kann ich dieser Kürzung nicht zustimmen. Das ist keine eltern- und kinderfreundliche Politik. Die Kürzung wurde bereits im Budget beschlossen, ohne vorher mit der Personalvertretung zu verhandeln. Sie hatte deshalb keine Chance sich gegen diese Kürzung zu wehren. Insbesondere die Einstellung der Beihilfe für die Kinder unserer Bediensteten ist mir ein großer Dorn im Auge. Insgesamt betrifft diese Kürzung 595 Bedienstete mit rund 951 Kindern. Davon sind 198 alleinstehende Elternteile, die genau dieses Geld benötigen, um ihren Kindern ein Weihnachtsgeschenk kaufen zu können. Rund 70 % der Alleinerziehenden können nur in Teilzeit arbeiten. Wer jetzt genau zuhörte, dem müsste sofort auffallen, dass bei einem Verdienst von monatlich ca. 700 Euro gerade diese finanzielle Zuwendung von großer Bedeutung ist. Unsere Kollegen sind auf dieses Geld angewiesen. Viele im Saal wird es wahrscheinlich schwer fallen sich vorstellen zu können mit 700 Euro monatlich das Auslangen zu finden.

Ebenso möchte ich auf den Landeserlass vom GEMDAT 20043/25 aus 2005 hinweisen, in dem es heißt: „... familienfördernde Maßnahmen für die Gemeindebediensteten des Landes OÖ oder Haushaltsbeihilfe, Schulbeihilfe etc.“ Im Hinblick auf eine gleichartige Behandlung mit den Landesbediensteten wird empfohlen, diese Regelung bei den Bediensteten der Gemeinden anzuwenden. Dies sieht eine sog. Haushaltsbeihilfe vor, welche unserer Familienbeihilfe gleichgestellt ist, an seine Mitarbeiter auszuzahlen. Sprich, dort ist auch eine Beihilfe für ihre Kinder verankert. Dort erhält man beispielsweise jährlich eine Schulbeihilfe, die nach dem Alter des Kindes gestaffelt ist. Wenigstens 45 Euro, höchstens 150 Euro für Bedienstete des Landes Oberösterreich. Solche Zuwendungen gab es im Hause Magistrat noch nie. Sicher, Kollege Dr. Csar ist heute nicht anwesend, aber er als Landesbediensteter hat dieses Geld für seine Familie sicher gerne genommen. Diese wird er auch heuer wieder erhalten, weil diese Unterstützung für Landesbedienstete weiterhin gilt. Solche Sachen finde ich als „Pharisäertum“. Nämlich selber kassieren und für anderen streichen ist für mich absolut unverständlich.

Absolut unverständlich für mich ist auch, dass hier die ÖVP ihre Zustimmung gibt, wo sie doch als Familienpolitik wirbt. In einer guten Familienpolitik fängt man nicht bei den „Kleinen“ zu sparen an, die es am Dringendsten benötigen. Aber Hauptsache die Causa Eisenrauch ist „schnell unter den Tisch gekehrt“.

Übrigens sind Sonderzahlungen in diverser Form auch in der Privatwirtschaft üblich. Aber das ist noch nicht genug; es wurden dem Bediensteten 49,29 Euro einfach weggenommen. Die einmalige Familienbeihilfe kommt zu 100 % der Welser Wirtschaft zugute. Was sagt unsere Vzbgm. Raggl-Mühlberger für die Welser Kaufmannschaft oder StR. Lehner als Wirtschaftsreferent dazu, wenn 200.000 Euro weniger der Welser Wirtschaft zufließen? Diese werden sicher nicht begeistert sein. Das kann ich mir auf keinen Fall vorstellen.

Aus diesen Gründen ist die Kürzung der Familienbeihilfe unakzeptabel. Ich finde sie ist auch unüberlegt. Darum stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Antrag dem zuständigen Personalbeirat zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Kirchmayr auf Zuweisung des Antrages in den Personalbeirat wird mit

gegen 13 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
21 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Parzmayr: Ein paar Dinge gilt es jetzt richtigzustellen. Wenn sie sagen, das Geld fließt zu 100 % in die Welser Wirtschaft, dann mag das so gewesen sein, muss aber nicht. In Zukunft ist dies definitiv so, weil 180 Euro, die nunmehr als freiwillige Sozialleistung ausbezahlt werden, in Wels Gulden ausbezahlt werden. Vorher wurden ebenfalls 180 Euro in Wels Gulden ausbezahlt. Der Rest in Bargeld, weil 180 Euro die Grenze sind, die der Gesetzgeber für derartige freiwillige Sozialleistungen vorsieht. Natürlich gibt es das in der Privatwirtschaft ebenfalls. Darum gibt es diese auch heuer wieder, um unseren Mitarbeitern, die durchaus gute Arbeit leisten, zu Weihnachten etwas zukommen zu lassen.

Ich finde es jedoch etwas ungerecht, wenn wir nun sagen, es gibt in der Stadt massiven Sparbedarf. Das wurde auch von der SPÖ-Fraktion immer wieder eingeräumt. Wenn man dann konkret sagt, hier gäbe es eine Möglichkeit etwas einzusparen, um eine Gerechtigkeit in der Bevölkerung herzustellen, dann sieht die SPÖ diesen Bedarf nicht. Ich weiß nicht, wie sie es gegenüber dem „normalen Arbeitnehmer“, der nicht das Privileg genießt beim Magistrat Wels angestellt zu sein, rechtfertigen wollen. Die Magistratsbediensteten haben einen krisensicheren Job, auch in der Finanzkrise müssen sie um diesen nicht fürchten, soziale Sicherheit – alles wunderbar und sie bekommen eine Sozialleistung, die durchaus adäquat ist, wie ich meine.

Sehen wir uns die Einsparungen an - es ist im Amtsbericht angeführt: Wir sparen im Jahr durch diese Maßnahme 260.000 Euro. Mit diesen 260.000 Euro könnte eine Krabbelstube errichtet werden – die Errichtung einer Krabbelstubengruppe kostet in etwa 260.000 Euro. In fünf Jahren, in denen wir diese Einsparungen pro Jahr lukrieren, können wir eine wunderbare Krabbelstube bauen mit vier bis fünf Gruppen. Damit ist der gesamten Welser Bevölkerung um einiges mehr geholfen.

GR. Mag. Mayerhofer: Die Intension dieses Beschlusses kann ich durchaus nachvollziehen. D.h. als Arbeitgeber überlegt sich die Stadt, ob diese Richtlinie noch zeitgemäß ist und wie müssen wir sie verändern, dass sie auch in Zukunft treffsicher ist. Vor der Gemeinderatsitzung nützte ich die Gelegenheit mit Herrn GR. Kirchmayr zu sprechen, der auch in seiner Eigenschaft als Personalvertreter eine Doppelrolle innehat. Ich finde es bedenklich, so einen Beschluss im Personalbeirat vorzubereiten ohne dem Ziel eine Einigung zwischen Arbeitgeberseite und Personalvertretung zu erreichen. Sie schütteln den Kopf Herr Bürgermeister, das wäre mein Wunsch eines idealen Beschlusses, weil ich denke, gerade die Personalvertretung wird sicherlich einige gute Argumente vorbringen, wie diese Richtlinie treffsicherer gemacht werden kann. GR. Kirchmayr formulierte bereits, dass er gerade bei sozialen Härtefällen von Alleinerziehern die soziale Ausgewogenheit vermisst. Deswegen finde ich es schade, diesen Beschluss nicht zu einem Konsens zu bringen, indem wir ihn noch einmal im Personalbeirat diskutieren.

StR. Lehner: Es ist interessant, wenn etwas reduziert wird, wird immer mit Sozialaspekten argumentiert. In Wirklichkeit geht es darum, die Dinge mit der Privatwirtschaft zu vergleichen. Dort, wo für Mitarbeiter teilweise auch sehr schwierige Verhältnisse herrschen, weil die Konjunktur schwankt und es nicht immer geschützte Bereiche gibt und jeder Arbeitnehmer immer damit rechnen muss seinen Arbeitsplatz zu verlieren.

Im Magistrat Wels gibt es sehr überdurchschnittliche Gehälter im Vergleich zur Privatwirtschaft. Daher ist es durchaus gerechtfertigt, dass wir uns gut überlegen, ob es hier Möglichkeiten gibt

einzusparen. Österreichweit gibt es ein reglementiertes Weihnachtsgeld von 180 Euro steuerfrei für alle Mitarbeiter. 180 Euro pro Mitarbeiter auszuschütten ist eine sehr gute Maßnahme, aber nicht das Argument zu bemühen, dass wir über das Weihnachtsgeld eine sog. Familienbeihilfe zusätzliches Entgelt an die Mitarbeiter auszahlen sollen. Das ist nicht mehr zeitgemäß, das entspricht nicht dem, was sich Herr und Frau Österreicher am Arbeitsmarkt tagtäglich mitmachen, denn die Wirtschaft ist seit der Wirtschaftskrise sehr angespannt. Man muss hier schauen, dass es nicht zu einer Zweiklassengesellschaft kommt, einerseits im geschützten Bereich und andererseits der freien Wirtschaft. Daher bin ich sehr froh, dass wir hier eine vernünftige Einsparung durchführen.

Angriffe gegen die ÖVP-Fraktion mit anderen Tatbeständen und Vorkommnissen, die du lieber Ernst Kirchmayr gemacht hast, möchte ich mir hier im Gemeinderat verbieten. Die haben hier nichts zu verloren. Wir diskutieren hier sachlich und da werden Dinge, die nicht der Sache dienen, nicht in die Diskussion hineingenommen. Solche Vorwürfe bitte ich zukünftig zu unterlassen.

GR. Wildfellner: Es ist für mich besonders traurig, dass unser Antrag zur Zuweisung in den Personalbeirat nicht beschlossen wurde. Bei diesem Antrag vermisse ich eine soziale Ausgewogenheit. Jeder Mitarbeiter erhält 180 Euro, das ist in Ordnung. Aber ich sehe hier für Klein- und Kleinstverdiener keinen Ausgleich. Wir geben 250.000 Euro für die Reinigung des Pflasters in der Innenstadt aus und 250.000 Euro für Mitarbeiter sind uns zu viel. Ich erwarte nicht, dass sie den Antrag rückgängig machen, aber ich erwarte mir von ihnen als Vertreter des kleinen Mannes - als das sich die FPÖ ja immer bezeichnet -, dass sie über eine soziale Staffelung noch einmal nachdenken. Es gibt bestimmte Berufsgruppen im Magistrat, die diese Zuwendung nicht benötigen – damit hätten wir auch gespart.

Bgm. Dr. Rabl: Jetzt sehe ich mich zu einer paar Richtigstellungen veranlasst. Zu Kollegin Wildfellner: Wir gaben nicht 250.000 Euro für die Reinigung des Pflasters aus, sondern 25.000 Euro. Diesen Zehnerzahlensturz entschuldige ich natürlich, das kann passieren.

Wenn es um die soziale Ausgewogenheit der SPÖ geht, dann weise ich darauf hin, dass in Linz – eine SPÖ-regierte Stadt – nichts ausbezahlt wird. In der Stadt Steyr – ebenfalls eine SPÖ-regierte Stadt – werden 120 Euro ausbezahlt. Wenn wir, wo 500 oder 600 Euro ausbezahlt wurden, sagen, wir gehen auf die steuerlich begünstigte Grenze von 180 Euro, gibt es das große Geschrei der SPÖ „oje, oje – wir sind so unsozial“. Wie sozial und gerecht ist es bitte, wenn in der Privatwirtschaft nichts ausbezahlt wird und bei uns 500 oder 600 Euro? Wie sozial ist es, wenn in anderen Bereichen gar nichts ausbezahlt wird oder nur 150 Euro und bei uns 500 oder 600 Euro? Das ist nicht soziale Gerechtigkeit, wie ich mir das vorstelle. Immerhin ist es das Geld der Bürger, das wir hier ausgeben. Das Geld von uns allen. Ich würde mir schon erwarten, dass wir mit diesem Geld sparsam und wirtschaftlich auch im Vergleich zu anderen umgehen. Leider ist es der SPÖ offensichtlich kein Anliegen.

Ich würde noch nichts sagen, wenn in diesem Zusammenhang wir wenigstens das Geld hätten. Nur, wir machen seit Jahren neue Schulden, das ist überhaupt kein Problem, da wird das Geld hinausgeschmissen auf Kosten zukünftiger Generationen, die es zurückzahlen müssen. Dieses Geld haben wir nicht. Wir tun immer so, als hätten wir das Geld. Es wäre für mich kein Problem, wenn wir einen Haushalt mit 15 oder 20 Mio. Euro Plus haben, dann sage ich, man muss die Mitarbeiter, weil sie so tüchtig sind, beteiligen an diesem Erfolg – total in Ordnung! Nur, wir haben keine 20 / 25 Mio. Euro plus im Budget – im Gegenteil! Wir haben einen Millionenabgang im Budget. Dann kann ich nicht sagen, dass dies nachhaltige Finanzpolitik ist, wenn ich den Mitarbeitern dieses Geld gäbe, obwohl ich weiß, ich kann es mir nicht leisten. Obwohl ich weiß, es ist ein Betrag, der weit über dem liegt, was andere Städte – übrigens sozialdemokratisch regierte Städte – bezahlen, wenn ich weiß, in der Privatwirtschaft wird ebenfalls nicht mehr bezahlt. Wenn ich all diese Dinge weiß und trotzdem nicht handle, dann handle ich aus meiner Sicht verantwortungslos. Ich und wir wollen nicht verantwortungslos handeln. Deswegen ist es aus meiner Sicht ein vollkommen richtiger Schritt auf jene Grenze zu gehen, die gesetzlich

vorgesehen ist und wo es einen steuerfreien Betrag gibt. Das sind diese 180 Euro, weil wenn in der Privatwirtschaft so eine Vergünstigung gewährt wird, wird sie immer bis zu dieser Grenze gewährt. Alles was darüber hinausgeht, hat für das Unternehmen einen Nachteil und auch für den Mitarbeiter. Das muss ich jetzt hier einmal sagen: Das ist nicht Gleichheit, nicht Gerechtigkeit. Das, was die SPÖ hier fordert, ist unsozial in mehrfacher Hinsicht. Ich würde mir erwarten, dass es einmal richtig gestellt wird.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Es wird immer gesprochen von Härtefällen – von alleinerziehenden Müttern. Bitte vergessen wir nicht unseren Weihnachtskostenzuschuss, für den jeder ansuchen kann, der in Wels extrem hoch ist gegenüber anderen Städten. Andere Städte, auch SPÖ-regierte Städte, zahlen pro Haushalt 40 Euro aus. Wir zahlen pro Hauptunterstützer 150 Euro und pro Kind 75 Euro, also auch da haben wir noch eine Möglichkeit zu unterstützen.

Vzbgm. Huber: Ich halte diese Neiddebatten wirklich nicht aus und ich halte es nicht aus, wenn wir immer wieder gegenrechnen, was bekommt der eine, dafür bekommt der andere das nicht. Lieber Herr Bürgermeister, du sagst wir müssen sparsam mit den Mitteln umgehen. Aber warum hast du dir deine Position z.B. unter dem Titel „Repräsentationsausgaben des Bürgermeisters, Großveranstaltungen“ von 25.000 Euro auf 200.000 Euro erhöht?

Man kann einfach sagen, man will es den Mitarbeitern nicht mehr geben. Ich hätte mir auch eine einkommensabhängige Staffelung gewünscht. Dass wir einfach sagen, o.k. für Kleinverdiener gibt es für die Kinder auch noch eine Zuwendung.

Man hätte daraus eine klassische Wirtschaftsförderung machen können. Was spricht denn dagegen, dass wir die Zuwendung für die Kinder auch in Welser Gulden ausbezahlen? Es wäre der Welser Wirtschaft zugutegekommen. Das hätte man durchaus machen können, wenn man will!

GR. Ganzert: Diese Diskussion ist schon sehr emotional. Unverständlich ist für mich, wenn man hergeht und mit Zahlen jongliert. In Österreich ist es Tradition, dass die Sozialpartner gut zusammenarbeiten und dass Dienstgeber und Dienstnehmer gemeinsame Lösungen finden. Es ist schade, das muss ich einmal im Gemeinderat sagen, im Personalbeirat gab es dafür keine Mehrheit. Es gab Gegenstimmen der Personalvertretung, der FSG-Vertreter und der SPÖ. Der Personalbeirat ist nur ein beratendes Gremium, deshalb gab es keinen Grund den Antrag im Gemeinderat nicht zu behandeln.

Die SPÖ-Fraktion hat nichts gegen eine Neuformulierung dieser Familienbeihilfe, gegen eine Staffelung nach Einkommen. Ist es noch an der Zeit, dass beispielsweise die Reinigungskraft, der Hilfsangestellte dasselbe bekommt wie der Magistratsdirektor oder ein Abteilungsleiter? Darüber kann sicher gesprochen werden. Wir sollten schauen, wer diese Unterstützung benötigt und diese auch im nötigen Ausmaß erhält. Deshalb war unser Vorschlag den Antrag nochmals dem Ausschuss zuzuweisen und darüber zu diskutieren bzw. eine gemeinsame Lösung zu finden.

Kollege Mag. Parzmayr sagte bereits, der Gesetzgeber sieht 180 Euro steuerfrei vor. Selbst wenn ich mehr bekommen würde und diesen Betrag versteuern müsste, erhält der Arbeitnehmer immer noch mehr Geld. Es ist erstaunlich, wie eiskalt es die Koalition lässt, obwohl es im Personalbeirat ein klares Bekenntnis dagegen gibt, ohne mit der Wimper zu zucken zu sagen wir gehen in den Gemeinderat, nützen wir unsere Mehrheit aus, fahren wir drüber, weil die Mitarbeiter haben eh viel zu viel. Das ist unsere Haltung zu den Kollegen und Kolleginnen.

Bgm. Dr. Rabl: Liebe Silvia, richtig ist, wir haben für Großveranstaltungen das Budget auf 200.000 Euro erhöht. Wie du weißt, steht in unseren außer Streit gestellten Punkten, dass wir ein Stadtfest veranstalten. Deshalb wurde der Posten erhöht – ohne Geld gibt es kein Stadtfest. Insofern ist es nachvollziehbar. Es ist ja nicht so, dass ich das Geld selber ausbebe. Nein, es

wurde für ein Stadtfest im Jahr 2017 budgetiert parallel zum stattfindenden Volksfest. Dazu gibt es bereits konkrete Planungen. Darüber hinaus kürzten wir dem Stadtmarketing die Mittel um 500.000 Euro mit der Vereinbarung, dass, wenn es tatsächlich Festivitäten gibt, die sich das Stadtmarketing nicht mehr leisten kann, wie das Innenstadtkriterium, den Marathon, den Businessrun, das Maibaumaufstellen, wir aus diesem Budget diese Veranstaltungen im Einzelnen zahlen. Das hat schon einen guten Grund. Es gibt zwischen den Parteien ein großes Einvernehmen diese Veranstaltungen auch zu unterstützen. Sollte das nicht der Fall sein, würde ich dich ersuchen mir eine Liste zu geben, welche Veranstaltungen du und die SPÖ nicht unterstützen werdet. Ich werde das entsprechend kommunizieren und in diesem Gremium beraten, ob wir noch weitere Unterstützungsleistungen tätigen oder nicht. Paul Resch mit seinem Innenstadtkriterium wird als nächstes zu mir kommen. Da werde ich dich vorher fragen, ob du dafür bist, sonst haben wir hier ein massives Problem.

Zwischenruf Vzbgm. Huber: Das ist aber sehr nett!

Bgm. Dr. Rabl: Siehst du, ich pflege den kooperativen Stil und möchte eine gute Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen. Das ist mir sehr wichtig.

Was die Einigung mit der Personalvertretung betrifft, lieber Ernst. Deshalb schüttelte ich den Kopf, Kollegin Mag. Mayerhofer, nicht wie sie meinen, dass ihre Aussagen unrichtig waren. Natürlich verhandelten wir seit Jänner in stundenlangen Sitzungen mit der Personalvertretung. Es gab in zahlreichen Punkten eine Einigung. Ein Gesamtpaket hätte beschlossen werden sollen und auch diese Familienbeihilfe wurde massiv diskutiert. Man muss halt zur Kenntnis nehmen, wenn es in einem Punkt keine Einigung geben kann oder soll, muss man trotzdem politisch handeln. Mir vorzuhalten, ich hätte das nicht diskutiert, ist schlichtweg ein falscher Vorwurf. Ich diskutierte monatelang vor der Budgeterstellung mit der Personalvertretung, GR. Kirchmayr kann das sicher bestätigen.

Tatsache ist, dass die hier angesprochenen sozialen Härtefälle abgedeckt werden können durch einen Sozialfond für Mitarbeiter, der bei der PV eingerichtet ist, den die Stadt Wels mit tausenden Euro jedes Jahr speist. Ich würde mir wünschen, dass die PV offenlegt wer und wie konkret daraus gefördert wird. Das habe ich bisher noch nicht gesehen. Es wäre auch ein interessanter Punkt welche wirklichen Härtefälle für derartige Förderungen in Betracht kommen. D.h. tun wir nicht so, als wären wir ein unsozialer Arbeitgeber, das sind wir nicht. Tun wir nicht so, als würden wir im Wege der sozialen Kälte irgendetwas kürzen, was uns nicht zusteht. Wir machen das, was andere Städte auch tun. Aus meiner Sicht sind wir sehr, sehr, sehr großzügig zu unseren Mitarbeitern, weshalb ich meine, diese Maßnahme ist durchaus gerechtfertigt.

Wir werden noch weitere Personalpunkte besprechen und im Gemeinderat diskutieren, weil das ja nicht alles ist. Ernst Kirchmayr weiß das. Es gibt 24 Punkte, die besprochen werden sollen. Bei einigen Punkten gab es bereits eine Einigung, bei anderen noch nicht. Ich erwarte mir trotzdem eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind. Meinerseits gibt es dazu ein klares Bekenntnis – zuerst reden, dann verhandeln und versuchen eine Lösung zu finden. Wenn nicht, muss halt jeder das tun, was er tun muss.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird mit

gegen 21 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
und 9 Nein-Simmen (SPÖ-Fraktion)
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

3.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarife für die Verpflegsteilnahme in den Einrichtungen der Seniorenbetreuung und in den Kindergärten und Horten der Stadt Wels neu festgesetzt werden (Verpflegsteilnahme-Tarifordnung 2016)
DI-PersR-012-2016

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Personalbeirat am 14.06.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Verpflegsteilnahme-Tarifordnung 2016 beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Schadenersatzklage gegen Teilnehmer des Liftkartells; Abschluss eines Vergleiches
DI-ZR-17-2010

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 16.06.2016:

1. Der von der Beklagtenseite angebotene Vergleich zur Zahlung eines Kostenbeitrages in der Höhe von € 95.880,00 wird genehmigt.
2. Die gegenständliche Klage wird unter Anspruchsverzicht zurückgezogen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Verkauf der stadt eigenen Wohnungen,
Grundsatzbeschluss
DI-ZR-12-2016

Vzbgm. Kroiß: Dieser Tagesordnungspunkt wurde im Finanz- und Präsidialausschuss ausgiebig vorbesprochen, jedoch gibt es dazu noch einen weiteren Diskussionsbedarf. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Kroiß auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes wird

einstimmig angenommen.

6.)

Erwin Frljic, Wels, Straubinger Straße 13;
Verkauf der stadteigenen Wohnung Nr. 19
im Objekt Wels, Flemingstraße 11
DI-LV-24-2016

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 16.06.2016:

Die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 19 im Objekt Flemingstraße 11 (Wohnnutzfläche 88,66 m²), wird unter nachstehenden Bedingungen an Herrn Erwin Frljic, (österreichischer Staatsbürger) Wels, Straubinger Straße 13, verkauft.

1. Kaufpreis

Der Kaufpreis für die Wohnung 19 beträgt **€ 102.900,00**

inklusive des aushaftenden Darlehens Wohnbauförderung mit Stichtag per 01.07.2016 in Höhe von € 3.678,92.

Das aushaftende Darlehen betreffend die Wohnung Nr. 19 im Objekt Flemingstraße 11 ist durch die Stadt Wels vorzeitig zu tilgen.

Der Kaufpreis ist zur Gänze an die Stadt Wels zu entrichten.

2. Kosten

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern gehen zu Lasten des Käufers.

Einstimmig angenommen.

7.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2016

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 16.06.2016:

Die in der Anlage 1 und 2 des Amtsberichtes dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

GR. MMag. Rumersdorfer: Bei Studium des Amtsberichtes fiel mir ein skurriler Punkt auf, den ich gerne mit ihnen teilen möchte. Es geht um die Subventionierung von 3.000 Euro für die Adaptierung des Vereinslokales „Schlaraffia Ovilabis“. Ich darf ihnen kurz eine Passage vorlesen, wer dieser Verein überhaupt ist: „Die Schlaraffen („...ausschließlich Männer in gesicherter Position...“) treffen sich in der so genannten Winterung (Nordhalbkugel: 1. Oktober bis 30. April; Südhalbkugel: 1. Mai bis 30. Oktober) einmal pro Woche an einem festgelegten Wochentag in ihrer "Schlaraffenburg", dem im Stil eines mittelalterlichen Rittersaales ausgestatteten Vereinslokal, zu Sippungen. Diese Zusammenkünfte werden nach festgelegtem

Zeremoniell in Form eines Ritterspieles mit wohldurchdachten Regeln in zwei Teilen - einem im Ablauf stets gleichen, auf wiederkehrende Regularien bedachten ersten und einem freier zu gestaltenden, eher künstlerischen zweiten - abgehalten. Sturmhauben, Helme und Rüstungen sind aus buntem Stoff in den festgelegten Reichsfarben, die Waffen wie Junkerdolch oder Ritterschwert zumeist aus Holz. Sie sind scheinbar weder den Freimaurern zugehörig, sind kein Serviceclub und auch kein Faschingsverein.“ Also, wer sie wirklich sind, weiß ich nicht. Auf alle Fälle sind sie eine weltweite deutschsprachige Vereinigung zur Pflege von Freundschaft und Humor.

Wie dem auch sei, dieser Männerbund erhält 3.000 Euro von der Stadt, wo hingegen unsere GRÜNE-Parteijugend 300 Euro bekommen. Ich will jetzt aber nicht wieder eine Neiddebatte führen, wollte es nur so in den Raum stellen. Ich kann es leider nicht verstehen.

Bgm. Dr. Rabl: Ich kenne zahlreiche Mitglieder des Vereines und weiß, dass sie allen politischen Colours angehören, wobei ich nicht weiß, ob tatsächlich ein GRÜNER dabei ist. Unabhängig davon geht es darum, was dieser Verein macht. Er ist ein ganz normaler Serviceclub, wie viele andere auch, der sich sozial engagiert, caritativ tätig ist und der für die Stadt Wels schon einiges tat. Wie bereits erwähnt, dient er zur Förderung des Humors und Geselligkeit. Ich kann daher nichts Besonderes darin sehen diesen Verein zu fördern. Wir tun das bei diversen anderen Vereinen mit wesentlich höheren Beträgen. Beispielsweise der im Rahmen der Agenda und heute noch auf der Tagesordnung stehende Verein, der in der Hafergasse platziert ist, dem wir im letzten Jahr 20.000 Euro bezahlten, um die Miete, die Betriebskosten usw. abzudecken. D.h. es gibt schon auch andere Vereine, die wir fördern und nicht nur den Verein Schlaraffia Ovilabis. Das halte ich für in Ordnung, eine Stadt steht auch für Vielfalt und nicht nur für „GRÜNE Ideen“.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird mit

32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS,
Mag. Mayerhofer)
gegen 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

8.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2016

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 16.06.2016:

Die in den Anlagen 1 und 2 des Amtsberichtes dargestellten Kreditüberschreitungen werden genehmigt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Bei diesem Punkt geht es um Kreditoperationen in verschiedensten Richtungen. Eine, die uns auffiel, ist eine Erhöhung des Beitrages für den Straßenbau bei der Aufschließungsstraße für die Siedlung Am Berg. Die ursprünglich vorgesehenen 1,87 Mio. Euro, die diese Aufschließungsstraße kosten sollte, sind ohnehin schon ein ansehnlicher Beitrag. Dieser Beitrag soll sich jetzt um 150.000 Euro auf 2,02 Mio. Euro erhöhen. Es würde mich interessieren warum es zu dieser Kostenüberschreitung kommt bzw. wie diese gerechtfertigt wird.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
und 1 Nein-Stimme (Mag. Teubl)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

9.)

Beschluss über Darlehenstilgungen und
Veranlagung von Finanzmitteln
FD-Fin-230-2016

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 16.06.2016:

1. Durch die Einnahmen aus dem Verkauf der Aktien der Stadt Wels an den Allgemeinen Sparkasse OÖ Bank AG in Höhe von mindestens € 71,684.374,80 sind
 - a) die Barvorlage gemäß 4.1.1 zurückzuzahlen und für die damit im RA 2015 bedeckten Investitionsausgaben keine Darlehen aufzunehmen,
 - b) die gemäß Punkt 4.1.2 angeführten Darlehensverträge/Schuldscheine bei der Allgemeinen Sparkasse OÖ Bank AG und der Raiffeisenbank Wels nach Rechtswirksamkeit der Verträge über den Verkauf der Aktien an die ASK zu den gemäß Darlehensverträgen bzw. Verhandlungen mit den Darlehensgebern frühestmöglichen Zeitpunkten zu kündigen und vorzeitig zu tilgen und
 - c) die Finanzierung bzw. Bedeckung des Investitionshaushaltes des RA 2016 durchzuführen.
2. Die gemäß Punkt 1 des Beschlussantrages erforderlichen finanztechnischen Kreditoperationen (Kreditüberschreitungen, Bedeckungsänderungen etc.) werden genehmigt und der Finanzreferent und die Finanzdirektion beauftragt diese durchzuführen.
3. Die nach Tilgung verbleibenden Mittel aus diesem Verkaufserlös sind entsprechend der im Statut der Stadt Wels § 58 und der erlassenen Oö. Finanzgeschäfte-Verordnung § 4 bis zur widmungsgemäßen Verwendung bestmöglich zu veranlagern, und zwar:
 - a) € 15 Mio. im Rahmen einer Vereinbarung mit der eww ag gemäß Punkt 4.3.,
 - b) die restlichen Mittel vorrangig abhängig vom Liquiditätsbedarf im Rahmen des „Konzern-Clearings“ bei der Holding Wels GmbH, der Holding Wels Immobilien GmbH und Co KG und der Wels Betriebsansiedelungs-GmbH und
 - c) darüber hinaus in Form von Termineinlagen bzw. täglich fälligen Sicht- und Spareinlagen.
4. Die gemäß Punkt 3. des Beschlussantrages zu veranlagenden Mittel sind zur Bedeckung von Investitionsausgaben von durch die zuständigen Gremien zu beschließenden Finanzierungsbeschlüssen bzw. Kreditoperationen zu verwenden.
5. Der Bürgermeister und Finanzreferent wird beauftragt und ermächtigt, die im Rahmen der Beschlusspunkte 1. bis 4. erforderlichen Vertragskündigungen bzw. Vereinbarungen abzuschließen.

Vzbgm. Kroiß: Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es einen Zusatzantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, der lautet:

„Zusatzantrag

Zum Tagesordnungspunkt 9 – **„Beschluss über Darlehenstilgungen und Veranlagung von Finanzmitteln – FD-Fin-230-2016“** in der Sitzung des Gemeinderates vom 27. Juni 2016

Der Beschlussantrag möge um folgenden Punkt ergänzt werden:

„6. Die bei der eww ag veranlagten Mittel in der Höhe von € 15.000.000,-- sollen nach Rückführung an die Stadt Wels zur Finanzierung von zukünftigen Projekten, wie dem Neubau einer Volksschule in Wels-West sowie zu Grundstücksankäufen für den leistbaren Wohnraum verwendet werden.“

Bitte diesen in die Diskussion miteinzubeziehen.

GR. Ganzert: Das Thema Put-Option der Sparkasse beschäftigt uns bereits in einigen Gemeinderatsitzungen. Schließlich beschlossen wir im April die Ziehung der Put-Option. Nun geht es darum, diese 72 Mio. Euro entsprechend zu verwenden. In den letzten Gemeinderatsitzungen gab es ein Bekenntnis aller Fraktionen, dass der größte Anteil des Erlöses für die Bezahlung der Schulden verwendet wird. In der Sitzung vom 11.04.2016 gab es dazu einige Diskussionen – daraus darf ich zitieren: „Bgm. Dr. Rabl: Richtig ist, Herr Hufnagl, es gibt eine derartige Außerstreitstellungs-Agenda, in der konkret angeführt ist, wieviel zur Schuldentilgung, wieviel für Investitionen und wieviel für einen allfälligen Beteiligungskauf einer Tochter verwendet werden soll. Für die Schuldentilgung sind das konkret ca. 50 Mio. Euro, für Investitionen ca. 10 Mio. Euro und für einen Beteiligungskauf ca. 10 – 15 Mio. Euro. Das haben alle Parteien unterschrieben und ich gehe davon aus, dass sich alle Parteien daran halten werden.“

Es ist vielleicht zynisch, wenn ich jetzt den Herrn Bürgermeister fragen muss, ob sich die FPÖ, der Herr Bürgermeister und Finanzreferent daran halten wird? So wie ich mir das nun durchgerechnet und wie es auch im Finanz- und Präsidialausschuss vorbesprochen wurde, stellt sich das für mich anders dar. In ihrem Vergleich sprachen sie von drei Häufchen, man kann auch sagen „Mascherl für das Geld“, wenn ich das zusammenzähle gehen 35 Mio. Euro in die direkte Schuldentilgung, 20 Mio. Euro für bereits beschlossene Projekte und 15 Mio. Euro für die eww ag, dann fehlt mir der Ansatz für Investitionen.

Das ist die Grundintention unseres heutigen Zusatzantrages. Es geht nicht darum dezidiert festzulegen, beispielsweise auf dieser Parzelle, mit genau diesem Bbauungsplan oder diese Farbe muss die Schule haben, sondern es geht darum, dass erkennbar ist, es wird eingehalten was vorher be- und versprochen wurde. Und zwar dadurch, dass durch diese einmalige Chance auch Projekte finanziert werden können, die wahrscheinlich in der momentanen Situation weder durch den ordentlichen noch durch den außerordentlichen Haushalt bedeckt werden können.

Daher unser Vorschlag: Schaffen wir mit diesem Zusatzantrag ein Bekenntnis für Zukunftsprojekte, vielleicht könnten wir ihn auch abändern, damit eine Mehrheit aller Fraktionen gefunden wird. Jetzt bin ich mir nicht mehr so sicher. Auf der einen Seite das Bekenntnis zur Schuldentilgung, auf der anderen Seite ist mir nicht mehr klar, sind diese 15 Mio. Euro jetzt dafür da, dass es möglicherweise einmal um eine Aufstockung der eww ag-Anteile geht, oder fließt das Geld nach einem Jahr wieder zurück und können wir damit machen was wir wollen? Sie sollten definitiv sagen gibt es keine Schule, gibt es keine Gründe für leistbaren Wohnraum – das ist scheinbar einfacher, als zu sagen wer weiß was kommt. Das ist die Grundintention dieses Zusatzantrages, weil nach unserer Berechnung die rund 10 Mio. Euro für Investitionen momentan nicht vorliegen und die Gewissheit nicht da ist, ob sie in einem Jahr entsprechend gedeckelt werden.

GR. Prähofer: Dass die Hälfte der zu erwartenden Summe jetzt zur Tilgung der teuren Kredite herangezogen wird, ist absolut richtig. Genauso sinnvoll wie die 15 Mio. Euro in der eww ag zu veranlagen. Die restlichen 20 Mio. Euro zwischenzeitig zu parken gibt uns einen zeitlichen Spielraum mit dem Blick in die Zukunft, damit wir die Mittel dann optimal nutzen können.

Derzeit laufen in unserer Stadt mehrere Prozesse. Wir halten wenig davon sich zu diesem Zeitpunkt auf bestimmte Maßnahmen festzulegen und das Geld voll einzuplanen. Wir wollen die richtigen Standorteffekte erzielen, darum müssen wir für alle Aktivitäten in Zukunft Entwicklungsprognosen für unsere Stadt berücksichtigen und miteinbeziehen. Es spielen dabei sicher Investitionen im Bereich der Vollvorsorge im Bereich der Kinderbetreuungsplätze eine wichtige Rolle, genauso wie leistbares Wohnen oder auch Investitionen in die Infrastruktur der Stadt. Massiv voranzutreiben ist Wels als innovativer Wissens- Forschungs- und Gründerstandort, denn hier schließt sich der Kreis. Wir wissen alle, dass das der Schlüssel für unseren sozialen Standard in unserer Stadt ist.

GR. Mag. Mayerhofer: Im April fassten wir den Beschluss die Put-Option der Sparkassenanteile zu ziehen und heute legen wir fest, was mit diesem Geld passieren soll. Bereits in der April-Sitzung sprach ich es an - ich halte es für wichtig sich ganz genau anzuschauen, in welche Projekte wir dieses Geld investieren. Herr Bürgermeister sagt immer, es gibt so viel in was wir investieren müssen, wir haben einen wahnsinnigen Investitionsrückstau.

Wenn ich mich an die Sitzung des Finanz- und Präsidialausschusses erinnere, sollen die zu tätigen Investitionen nach dem Prinzip „first-come – first-serve“ laufen - das halte ich für grundsätzlich falsch. Ich erachte es für wichtig uns zu überlegen, was können Projekte sein, die einen großen Finanzbedarf nach sich ziehen. Kollege Stefan Ganzert sprach es bereits an – das Schulprojekt Wels-West. Wir wissen, dass wir im Bereich Bildung, sprich als Schulerhalter eine enorme Investitionssumme vor uns haben. Wenn ich mich recht erinnere, stand im Schulsanierungskonzept III, welches im Gemeinderat nie beschlossen wurde, eine Summe von 48 Mio. Euro. Das ist kein Pappentiel - das ist ein enormer Betrag.

Gleiches gilt auch im Bereich Kindergarten und Horte. D.h. werden wir in die Zukunft der Welser Kinder investieren, indem wir sagen wir stellen eine Schulinfrastruktur zur Verfügung, die zeitgemäß ist und eine moderne Form des Unterrichts ermöglicht? Deswegen würde ich diesen Zusatzantrag der SPÖ-Fraktion nicht als völlig unrealistisch und unmöglich von der Hand weisen, sondern durchaus auch als sinnvoll erachten hier ein klares Bekenntnis dazu abzugeben.

GR. Hufnagl: Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister und Finanzreferent, wissen, ich habe in den vergangenen Gemeinderatsitzungen starke Kritik geübt, indem ich sagte, ich bin mir nicht sicher, ob wirklich mehrheitlich das Geld für den Schuldenabbau verwendet wird. Mit dem vorliegenden Vorschlag im Amtsbericht bin ich zufriedener. Zur jetzigen Diskussion finde ich ebenfalls, man sollte sich schon überlegen welche Projekte am wertvollsten für die Stadt sind. Darüber wird es sicher noch politische Diskussionen geben. Wir müssen das nicht unbedingt heute festsetzen, wichtig ist einfach die Einbindung der Oppositionen in die Diskussionen und eine gemeinsame Entscheidung.

Bgm. Dr. Rabl: Ich darf noch einmal klarstellen, was die konkreten Projekte betrifft: Es war klar - das wurde auch im Positionierungsprozess festgehalten -, dass Grundstücksankäufe für den leistbaren Wohnbau erfolgen sollen aus Verkaufserlösen aus den stadteigenen Wohnungen. Es war nie ein Thema aus den gegenständlichen Mitteln für den leistbaren Wohnbau Grundstücke anzukaufen. Sozusagen war es immer als Tauschgeschäft vorgesehen. Man verkauft die innehabenden Wohnungen und erhält daraus Einnahmen. In der Folge kauft man wieder an, weshalb dieses Projekt aus meiner Sicht ohnehin gar nichts verloren hat, weil es noch nie angedacht war.

Was die Schule betrifft, so sage ich das ausdrücklich nochmals: Der Schulneubau ist eine von uns angestellte Überlegung. Wir sagten – dazu bekennen wir uns auch – wir müssen das prüfen. Nach dem derzeitigen Prüfungsstand wird es dazu keine Alternative geben. Eine Prüfung ist notwendig. Ich sage auch warum: Alle reden wir brauchen unbedingt einen Schulneubau. So sicher ist das nicht! Erstens gibt es noch Flächen, die wir aktivieren können. Zweitens haben wir selbst bei einem Schulneubau in der Noitzmühle ein Problem in Lichtenegg. Dort müssen wir die Schule sanieren, das kostet nochmals 5 bis 6 Mio. Euro.

Es stellt sich schon die Frage diese beiden Projekte gemeinsam zu machen oder ob wir die Schule Lichtenegg nicht aufstocken sollten und dadurch mehr Klassen erhalten, als durch einen kompletten Neubau eine zusätzliche Volksschule zu schaffen. Also, es ist noch nicht ganz so vom Tisch. Nachdem es um Millionen von Euro geht, möchte ich es vorher ausreichend geprüft haben, weshalb wir dazu stehen im Schulbereich etwas investieren zu müssen. Dazu gibt es ein klares Bekenntnis. Ob wir uns heute tatsächlich schon dazu entschließen sollen, mit diesem Geldbetrag konkret die Schule Noitzmühle zu bauen, bevor ich nicht weiß, ob es nicht eine sinnvolle und leistbarere Alternative gibt, halte ich für verfrüht. Das ist der Grund, weshalb ich mich mit diesem Zusatzantrag nicht anfreunden kann.

Wenn du, lieber Stefan, weiters fragst, was wir jetzt investieren, dann lies bitte den Amtsbericht. In diesem ist enthalten, dass wir in bereits beschlossene Projekte investieren, die 20 Mio. Euro kosten. Das sind konkrete Projekte in unsere Infrastruktur. Es geht um die Autobahnauffahrt, um das Parkdeck usw. D.h. es ist nicht so, dass wir keine konkreten Projekte hätten, wo wir konkret in die Infrastruktur investieren. Wir dürfen nicht vergessen: Das Geld hat per sé kein „Mascherl“. Weil wir die bereits beschlossenen Projekte mit dem Geld bezahlen, haben wir in der Folge noch nicht ausgegebenes Geld für andere Projekte.

D.h. ich bin trotzdem dafür die Projekte entsprechend der Dringlichkeit abzuarbeiten. Ich bin aber dagegen jetzt schon, bevor alle Unterlagen am Tisch liegen, zu sagen, wir müssen das Geld jedenfalls in einen Neubau stecken, obwohl ich gar nicht weiß, ob ich diesen überhaupt brauche. Insofern bin ich schon ein bisschen vorsichtiger. Wenn ich mir allein überlege, dass in der Vogelweide durch einen Tausch der Garderoben (die Garderoben kamen in den Keller, und wo die Garderoben waren konnten sechs neue Klassenzimmer geschaffen werden mit einer relativ geringen Investitionssumme) allein schon sehr viel Raum geschaffen und besser genutzt werden kann, muss ich sagen, gemacht, gemacht!

Wir sollten das besser prüfen, es geht um 15 Mio. Euro Investitionen nur in diesem Bereich. Mir ist es lieber ich spare mir 2 Mio. Euro und baue einen weiteren Kindergarten oder eine Krabbelstube, als ich gebe es für eine Schule aus, die ich anders hätte lösen können. Hier muss man schon mit den Füßen am Boden bleiben, deswegen muss man sich auch Zeit nehmen derartige Kostenprojekte genau anzuschauen und sparsam mit diesen Mitteln umzugehen. Nichts anderes liegt uns allen am Herzen. Es ist nicht etwas, was wir alleine als Bürgermeister oder Stadtregierung haben, sondern es sollten dieses Ziel alle Gemeinderäte gleichermaßen verfolgen. Nicht nur, weil es vielleicht populär ist zu sagen, wir brauchen unbedingt in der Noitzmühle einen Schulneubau – ja, kann sein oder auch nicht! Bevor wir nichts auf dem Tisch liegen haben, sollten wir uns hier etwas zurückhaltend äußern.

Der Zusatzantrag (Anlage 8) zu Punkt 9. der Tagesordnung der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

12 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
gegen 22 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)

abgelehnt.

Der Hauptantrag (Anlage 7) zu Punkt 9. der Tagesordnung wird mit

gegen 33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
1 Stimmenthaltung (Mag. Mayerhofer)

angenommen.

10.)

Hauptbahnhof Wels; Park & Ride Anlage-Parkdeck;
Errichtung und Betreuung, Grundsatzbeschluss – Finanzierung
FD-Fin-913-2016

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 16.06.2016:

Die Erhöhung der Finanzierung des Kostenzuschusses der Stadt Wels zur Planung und dem Bau des Parkdecks der Park & Ride-Anlage als Parkanlage im Bereich des Hauptbahnhofes Wels vorbehaltlich der Spitzabrechnung um weitere € 2,810.000,00 auf insgesamt € 5,010.000,00 und zuzüglich der in Vollziehung dieses Vertrages zusätzlich entstehenden Kosten mittels Krediten bzw. Darlehen wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

11.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarife für den Eintritt in die Kunsteisbahn der Stadt Wels abgeändert werden (3. Novelle zur Kunsteisbahn-Tarifordnung 2004)
SB-FzB-27-2015

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 14.06.2016:

Der Gemeinderat möge die beiliegende 3. Novelle zur Kunsteisbahn-Tarifordnung 2004 beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt dem Berichterstatter.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

12.)

Welser Heimstättengenossenschaft eingetr. GenmbH, Wels,
Laahener Straße 21a; Förderung für den nachträglichen
Einbau von dreizehn Liften in Form von Annuitätenzuschüssen
SB-GM-2901-2016

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 13.06.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Fördervereinbarung zwischen der Stadt Wels und der Gemeinnützigen Welser Heimstättengenossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, beschließen.

GR. Schatzmann: Es ist mir ein besonderes Anliegen dazu Stellung zu nehmen. Der Liftzubau ist ein ganz wesentlicher Teil, um Menschen mit Beeinträchtigung oder auch älteren Menschen das Leben zu erleichtern. Müttern mit Kinderwägen wird ebenso durch diese Maßnahmen das Alltagsleben wesentlich erleichtert. Ich hoffe, dass wir auch in Zukunft bei entsprechendem Bedarf nicht auf solche Förderungen verzichten.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird mit

30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

GR. Mag. Humer, GR. Wimmer und GR. Hacker sind bei dieser Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

13.)

LAWOG Gemeinn. Landeswohnungsgenossenschaft, eingetr. GenmbH,
4021 Linz, Garnisonsstraße 22; Förderung für den nachträglichen
Einbau eines Liftes in Form eines Annuitätenzuschusses
SB-GM-2905-2016

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 13.06.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Fördervereinbarung zwischen der Stadt Wels und der LAWOG Gemeinnützige Landeswohnungsgenossenschaft mit beschränkter Haftung beschließen.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird mit

30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

GR. Mag. Humer, GR. Wimmer und GR. Hacker sind bei dieser Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatterin Stadträtin Margarethe Josseck-Herdt

14.)

Gemeinnützige Welser Heimstättengenossenschaft, eingetr. GenmbH,
Wels, Laahener Straße 21a; Änderung des Nutzungsvertrages für die
Räumlichkeiten im Objekt Wels, Am Rosenhag 2 (vormals Salzburger
Straße 89), für die Nutzung als Tagesheimstätte und Familienberatungsstelle
SOJ-SenB-180000-2016

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss am 14.06.2016:

Die beigefügte Vertragsänderung zwischen der Gemeinnützigen Welser Heimstättengenossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Laahener Straße 21a, Wels, und der Stadt Wels, Stadtplatz 1, über die Nutzung von Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Objektes in der Salzburger Straße 89, nunmehr Am Rosenhag 2, zum Betrieb einer Tagesheimstätte und einer Familienberatungsstelle ist abzuschließen.

GR. Ganzert: Ich möchte die hervorragende Arbeit der Mitarbeiterinnen in der Seniorenbetreuung, in den Tagesheimstätten unterstreichen und in den zahlreichen anderen Einrichtungen, die die Stadt Wels anbietet.

Zur Historie dieser Räumlichkeiten: Die Nutzungsvereinbarung liegt schon sehr lange zurück. Die Stadt Wels benötigte damals diese Räumlichkeiten und stellte sozusagen zum Abtausch die Kellerräume den Vereinen zur Verfügung. Diese Kellerräume wurden von den Kinderfreunden Lichtenegg mit Jugendmaßnahmen bespielt. Entscheidend ist, es gab als Untermieter den Pensionistenverband Ortsgruppe Lichtenegg. Es handelt sich von allen Verbänden um die größte Ortsgruppe, bei der sich die meisten Pensionisten treffen. Bei dem Lichtenegger Stadtteil handelt es sich um einen sehr alt gewachsenen Stadtteil. Die Mitglieder – um die 500 - treffen sich mehrmals im Monat zu diversen Veranstaltungen und sind Interessensvertreter für die älteren Bewohner dieses Stadtteiles.

Nach Durchsicht des Amtsberichtes sprach ich mit dem Vorsitzenden der Ortsgruppe des Pensionistenverbandes. Dieser wusste noch gar nichts davon, obwohl die Kündigung schon für den 01.07.2016 vorgesehen war. Ich bin sehr froh darüber, dass wir im Ausschuss den Termin auf den 30.09.2016 abändern konnten. Außerdem konnten wir in einem Gespräch mit dem

Bürgermeister, gemeinsam mit den Kinderfreunden, der Heimstätte, dem Pensionistenverband und mir festlegen, möglichst friktionsfrei eine Lösung in Form eines Ersatzquartieres, einer Subvention etc. finden. Diese Ortsgruppe mit mehreren hundert Mitgliedern soll nicht verloren gehen und ich freue mich darauf, gemeinsam mit dem Bürgermeister an einer Lösung zu arbeiten.

GR. Kroiß: Ich finde es erschütternd, dass der Seniorenring solange im Keller untergebracht war, weil es gesundheitlich und wärmetechnisch nicht sehr förderlich ist. Es sollte älteren Menschen die Möglichkeit geboten werden, sich ebenerdig zu bewegen. Außerdem wurde die ältere Generation anderer Vereine - beispielsweise die GRÜNE-Fraktion - nicht von der Stadt Wels mit einem Eigenheim gefördert. Es ist gut, dass das einmal geklärt werden konnte und bis Oktober Zeit ist, ein adäquates Quartier zu finden.

GR. Hacker: Zum vorliegenden Amtsbericht erlaube ich mir folgende Anmerkung: Laut Nutzungsvertrag vom 07.01.1970 überlässt die Welser Heimstätte der Stadt Wels ein Mietobjekt im Gesamtausmaß von 452 m². Eine Neuvermessung vom 02.05.2016 ergab ein tatsächliches Gesamtausmaß der Mietfläche von 429,68 m². Also haben wir hier eine Differenz von 22,32 m². Als Konsequenz daraus wurden 2015 für die nicht vorhandene Mietfläche von 22,32 m² Mehrkosten in der Höhe von 1.775 Euro verursacht. In Bezug auf die 46 Jahre hochgerechnet entstand der Stadt Wels ein beträchtlicher finanzieller Schaden und Nachteil.

Meine Empfehlung wäre daher, alle älteren Verträge auf die tatsächliche Mietfläche und Richtigkeit zu überprüfen, um in Zukunft unnötige Mehrkosten zu vermeiden.

GR. Ganzert: Ich möchte richtigstellen und denke Frau Kollegin Kroiß hat sich versprochen, denn es war nicht der Seniorenring im Keller einquartiert, sondern der Pensionistenverband. Der Seniorenring wird eher der Freiheitlichen Partei, der Seniorenbund eher der Volkspartei und der Pensionistenverband eher den Sozialdemokraten zugeordnet. Es handelt sich dabei um alte, eingesessene „gestandene“ Personen, die sich nicht beirren lassen zusammensitzen, um sich auszutauschen und Serviceleistungen zu erbringen. Dabei geht es um Beratungen zu den Themen PflegegeldEinstufung, Jahresausgleich etc.

Die Förderungen für die einzelnen Seniorenverbände haben sich geändert. Bisher gab es eine einheitliche Subvention in Höhe von 4.500 Euro pro Einrichtung und jetzt gibt es das Ganze gemäß dem d'Hondtschen-Verfahren. Das heißt, die FPÖ bekommt am meisten, dann die SPÖ und dann die ÖVP. Es sollte hier nicht nur der Amtsbericht in Bezug auf die weniger Quadratmetern und den sich daraus ergebenden Änderungen angesehen werden, sondern die Leistungen dieser Ortsgruppen, dieser Interessenvertretungen usw.

Ich lade jeden dazu ein, diese Räumlichkeiten in Lichtenegg zu besichtigen. Es handelt sich dabei um kein großes politisches Treffen, sondern es ist vielmehr ein Schutz dieser Personen vor der Vereinsamung; eine Zielgruppe, welche sich noch nicht im Alter für den Besuch einer Tagesheimstätte sieht. Sie brauchen vielleicht noch keine Verpflegung, keine Gesundheitstipps etc., aber sie möchten einmal in der Woche wo aufgehoben sein, sich mit Bekannten treffen und sich austauschen.

Natürlich ist es erschreckend, wenn Personen höheren Alters über Treppen hinuntersteigen müssen, die nur mit spärlichem Licht ausgestattet sind. Es würde mich freuen, wenn aus diesem Vertrag heraus eine wirkliche Lösung gefunden werden würde - ein ordentliches Vereinsheim für diese Ortsgruppe. Ich bin aber schon froh den Status quo halbwegs aufrecht erhalten zu können und mit der Zusammenarbeit der Stadt Wels mit dem Pensionistenverband, Kinderfreunde, Heimstätte etc. diesen älteren Menschen eine Heimat geben zu können.

StR. Josseck-Herd: Ich danke den Rednern für die Beiträge und bin meinerseits froh darüber, jetzt eine saubere Lösung gefunden zu haben, denn dieser Zustand war nicht mehr haltbar. Ich bitte um ihre Zustimmung.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

15.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarifordnung für die städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen (Tarifordnung für die Kindergärten, Horte und Krabbelstuben der Stadt Wels 2016) erlassen wird
KI-KiV-207-2016

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss am 14.06.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Tarifordnung für die Kindergärten, Horte und Krabbelstuben der Stadt Wels 2016 beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt der Berichterstatterin.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

16.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Chancengleichheit für schulpflichtige Kinder und Ausgleich von Ungerechtigkeiten; Resolution an das Bundesministerium für Bildung und Frauen, die Oö. Landesregierung und die zuständigen Organe des Oö. Landesschulrates
DI-Verf-2012-2016

StR. Reindl-Schwaighofer: Der vorliegende Initiativantrag beschäftigt sich mit einem Thema, welches sich indirekt auch bei den Tagesordnungspunkten betreffend Welser Pflichtschulen und den pädagogischen Möglichkeiten wiederfindet. Er richtet sich an das Land Oberösterreich, an den Landesschulrat und an das Bundesministerium. Ausschlaggebend für diesen Antrag waren die Diskussion und die Schlussresolution des Städtetages in Innsbruck. In diese Schlussresolution wurde aufgenommen, dass - wie in einigen deutschen Bundesländern oder auch in der Schweiz üblich - der Sozialindex eines Schulsprengels die Voraussetzung für die Mittelzuweisung sein soll. Das bedeutet, wir müssen uns in einem Schulsprengel das Einkommen der Eltern, die soziale Lage, die Verkehrstechnik, die Wohnsituation usw. ansehen. Das sind Faktoren, welche die Schulleistungen im Durchschnitt beeinflussen.

Nachdem dies der Städtebund beschloß und von allen Fraktionen mitgetragen wird, sollte das ein Zukunftsmodell sein. Wir wissen, es wird im Landesschulrat und auch im Bundesministerium darüber diskutiert. Deshalb wollen wir vorschlagen, dass wir die Stadt Wels als einen Partner für

Pilotprojekte anbieten, wenn es um diese Mittelzuweisung geht. Ich ersuche sie im Sinne der Welsler Schüler und den Ergebnissen in den Schulen mit uns gemeinsam diesen Antrag zu beschließen. Es geht darum – der Herr Bürgermeister führte es vorher schon aus -, dass die Schulinfrastruktur, die Wertigkeit der Gebäude, die Möglichkeiten, welche die Schulgebäude mit sich bringen, eine Grundvoraussetzung dafür sind, ob die Lehrer in unseren pädagogischen Einrichtungen auch Höchstleistungen erbringen können. Wir können ihnen mit den Möglichkeiten dieses Sozialindexes, mit bestmöglicher Schulinfrastruktur die Grundlage für ihre Arbeit geben.

Brauchen wir in Wels eine zusätzliche Schule? Es gibt eine Außerstreitstellung und die legt relativ klar fest, dass wir in Wels-West eine Schule bauen wollen. Von der demografischen Entwicklung wissen wir, dass wir in den Volksschulen zusätzlichen Schulraum benötigen, um hervorragende Arbeit leisten zu können.

Auf Initiative des Bürgermeisters wurde in der Vogelweide die Frage der „Kellerklassen“ überprüft und ein Umbau würde ermöglichen, den Schulraum im Erdgeschoss oder im ersten Stock besser für Klassen zu nützen und die Garderoben in den Kellerraum zu verlegen. Das schafft keine zusätzlichen Klassenräume, aber als Grundlage wird eine bessere Qualität erzielt. Ich ersuche sie, diesen Antrag gemeinsam zu beschließen, um mit dem Bundesministerium in Verhandlungen bezüglich dieser gemeinsamen Pilotprojekte treten zu können.

StR. Josseck-Herdt: Für die Schulen mehr Geld zu bekommen ist sicher sinnvoll. Grundsätzlich braucht die Stadt Wels für die Schulen Unterstützung, aber laut ihrer Erklärung gibt es nur eine andere Verteilung. Die Art und Weise der Ermittlung mit einem Sozialindex war schon vor drei Jahren problematisch. Deshalb wurde der Antrag seinerzeit im Land abgelehnt und ist damals in einem Ausschuss vermodert. Jetzt ist er nicht einmal mehr der Vermoderung preisgegeben, weil bei Neuwahlen alle Unterausschüsse „geleert“ werden. Wir haben dafür Verständnis, weil es dabei um datenschutzrechtliche Fragen geht, wenn bei den Eltern nach der Schulbildung, dem Einkommen etc. gefragt wird. Dabei handelt es sich um sehr schützenswerte Daten und wir sind noch nicht davon überzeugt, dass dieses Instrument geeignet ist. Ich habe den Eindruck, sie wollen durch die Hintertür mit diesem Antrag zum Sozialindex geraten. Das wollen wir nicht, deshalb werden wir uns der Stimme enthalten.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Hufnagl: Als NEOS - die Bildungspartei, muss ich etwas zu diesem Punkt sagen. Aus unserem 12-Punkte-Programm für Bildung habe ich mir etwas herausgeschrieben: Wir wollen dass die Finanzierung von der Institution losgelöst und an das Kind gekoppelt wird. Für jeden schulgeldfreien Platz, den eine Schule zur Verfügung stellt, erhält sie einen fixen Betrag vom Staat. Für Kinder aus bildungsfernen Schichten und mit nicht deutscher Muttersprache erhält die Schule einen finanziellen Bonus, um die soziale Vielfalt in den Schulen zu sichern und größeren Herausforderungen gerecht zu werden. Ihre Finanzierungen und Rahmenbedingen sollen Schulen von einer einzigen Stelle erhalten. Schluss mit dem Kompetenzwirrwarr zwischen Bund und Ländern.

Der Vorschlag der SPÖ-Fraktion geht hier in diese Richtung. Wir gehen zwar noch einen Schritt weiter, denn wir wollen das nicht an einen Index koppeln, sondern jedem Schüler das Geld virtuell mitgeben und wollen, dass die Schule sehr autark darüber entscheiden kann, wie sie dieses Geld dann einsetzt. Es ist nicht dasselbe, aber es geht in die Richtung, deshalb werden wir dieser Resolution zustimmen, auch wenn ich starke Zweifel daran habe, ob Resolutionen in diesem Bereich überhaupt etwas bewirken. Seit Jahren haben wir einen Stillstand auf Bundesebene, die Bildungsreform kommt nicht wirklich in Schwung. Die Koalitionspartner auf Bundesebene (SPÖ und ÖVP) aber auch die Landeshauptmänner verhindern seit Jahren jede Bildungsreform, deshalb wird diese Resolution nichts bringen. Aber versuchen können wir es einmal.

GR. Wiesinger: In Anlehnung an deine Wortmeldung lieber Markus, fällt mir ein Zitat ein: „Mit Worten lässt sich trefflich streiten“ - das war von Mephisto im Faust. Ich denke, über Bildung lässt sich trefflich streiten. Dieser Antrag ist zum zweiten Mal im Gemeinderat, war zweimal im Landtag, bewegen tut sich immer noch nichts. Die ÖVP-Fraktion stimmte vor drei Jahren diesem Antrag zu und wird auch heute zustimmen. Es gehört festgestellt, dass die Stadt Wels nicht dazu da ist über die Inhalte in den Schulen zu diskutieren, denn wir sind der „Hausmeister“ der Pflichtschulen, also für die Ausstattung verantwortlich. Die 48 Mio. Euro, die im Schulkonzept III noch zu investieren sind, wurden von Frau Kollegin Mag. Mayerhofer bereits erwähnt. Darauf ist die größte Anstrengung der Stadt Wels zu richten und nicht in irgendwelche Resolutionen.

Aber weil es im Pflichtschulbereich um 4.600 Schüler und mit dem AHS/BHS um fast 10.800 Schüler geht - das ist bei der Diskussion fast untergegangen – hat Wels riesige Herausforderungen im Schulbereich. Wir haben große Migrationshintergründe und Migrationsprobleme und alle Eltern wollen, dass das Kind in die richtige Schule geht. Es gibt sehr viele Ansuchen für einen Schulwechsel, wobei es dazu Überlegungen des Landes für nur mehr einen Schulsprengel gibt und dadurch der Druck etwas herausgenommen wird. Der Sozialindex könnte ein Problem bedeuten, dass aufgrund dessen wieder ein gewisser Run auf gewisse Schulen entsteht. Laut Amtsbericht soll die Erhebung des Index schriftlich alle fünf Jahre geschehen. Wie soll das funktionieren? Denn Kinder wechseln die Schule, wiederholen Klassen oder scheiden aus der Schule aus. Das Ganze muss natürlich schriftlich erfolgen. Eltern füllen den Fragebogen nicht aus etc. Ob der Sozialindex in diesem Zusammenhang richtig ist, gehört noch überdacht.

In der Politik geht es darum eine Verlässlichkeit zu zeigen. Wir haben vor drei Jahren zugestimmt und werden auch jetzt wieder zustimmen. Wenn man einmal etwas sagt, soll man es immer sagen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Das hier zur Diskussion stehende Modell ist sehr wichtig für die Zukunft des österreichischen Schulwesens, weil es darum geht, Regionen, die verstärkt Schüler mit sozialer Benachteiligung aufweisen, auch mit entsprechenden Finanzmitteln auszustatten, um diese sozialen Benachteiligungen ausgleichen zu können. Es wird allerdings nicht das einzige Mittel sein, welches ergriffen werden muss, um das österreichische Bildungswesen nachhaltig zu sanieren. Es wird tatsächlich neben sehr vielen Bankenmilliarden, Polizeimilliarden und Militärmilliarden auch einmal eine Bildungsmilliarde geben müssen, wenn wir uns nicht dem verschließen wollen, dass im Bildungsbereich die Zukunft unseres Landes entschieden wird; nicht mehr und nicht weniger.

Es wäre ein guter Schritt den Schulen mehr Autonomie zuzugestehen, weil die Pädagogen am besten wissen, was an ihrem Standort benötigt wird. Dazu braucht es auch finanzielle Autonomie, die so ausgestaltet werden muss, dass die unterschiedlichen sozialen Herausforderungen, die die Standorte zu bewältigen haben, auch finanziell tragbar sind. Frau Kollegin Josseck-Herdt meinte vorhin, dieser Antrag sei schon vor drei Jahren schwierig gewesen. Ich glaube, er ist jetzt weniger schwierig.

Es gibt vom BIFIE bereits eine Untersuchung darüber, wo Schulen mit sehr hoher, hoher oder mittlerer sozialer Benachteiligung sind. Für Oberösterreich stellt sich das in Zahlen so dar (GR. Teubl zeigt dies auf seinem Tablet): 61 % der Schüler weisen keine, 21 % weisen eine geringe, 9 % eine hohe und weitere 9 % eine sehr hohe soziale Benachteiligung auf. Das heißt, hier gibt es bereits Daten und Fakten. Ich kann nicht im Detail darauf eingehen, wie diese bzw. aufgrund welcher Indikatoren sie erhoben worden sind. Es gibt Grundlagen und es ist kein Vorschlag, der sich irgendwo im luftleeren Raum bewegt. Die neue Bildungsministerin hat bereits erkennen lassen, dass sie für einen solchen Vorschlag durchaus ein offenes Ohr hat.

Ich denke, es ist gut, wenn wir als Stadt mit Schulen, die einen erhöhten Anteil an Schülern mit sehr hoher sozialer Benachteiligung haben, einfordern, dass das möglichst rasch umgesetzt

wird, dass die Autonomie den Schulen zugestanden wird, dass für eine entsprechende finanzielle Bedeckung gesorgt wird und dass tatsächlich die ersten Maßnahmen gesetzt werden, um diese unterschiedlichen Voraussetzungen auszugleichen. Wir brauchen dafür in Wels ganz dringend eine Ganztagschule mit verschränktem Unterricht. Eine Wahlmöglichkeit, welche die Eltern in Wels bis heute noch nicht vorfinden. Dass eine solche Schule vom Standort besonders gut nach Wels-West in die Nähe der Noitzmühle passen würde, erscheint mir klar. Hier müssen wir als Stadt reagieren auf die sozialen Probleme in unserem Bereich und können uns nicht dieser Probleme entledigen indem wir Garderoben in den Keller in einem anderen Stadtteil verlegen. Es braucht diese Schule Wels-West, aber es braucht auch Maßnahmen von Seiten des Bundes, die wir mit dieser Resolution beschleunigen können. Daher hoffe ich auf eine möglichst breite Unterstützung dafür in diesem Gremium.

StR. Reindl-Schwaighofer: Danke für die Diskussion! Die Diskussionsbeiträge zeigten auf, dass wir in Wels in unseren Pflichtschulen besondere Herausforderungen vorfinden. Es wurden von mir Zitate vom Städtetag in Innsbruck im Antrag aufgenommen, um darauf hinzuweisen, dass dieses Thema auch für unsere Stadt wesentlich ist. Hier schließt sich der Kreis zu GR. Mag. Teubl, denn das ist eine wichtige Möglichkeit, um die Herausforderungen der einzelnen Schulstandorte besser lösen zu können.

Sehr geehrte Frau Kollegin Josseck-Herdt! Es steht in den Zitaten ganz klar, dass es auch um zusätzliche Mittel für manche Standorte geht. Wenn man nur den Notstand verteilt, gibt es auch keine Besserungsmöglichkeiten. Ich ersuche sie, diesen Antrag als Beitrag für die Qualität der Schulbildung in unserer Stadt zu sehen.

Der Initiativantrag (Anlage 15) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

17 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion und NEOS)
gegen 16 Stimmenthaltungen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Zaunmüller ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

17.)

Fachhochschule Wels; Abschluss eines Fördervertrages
FD-BetM-12-2016

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 07.06.2016:

Dem Abschluss des gegenständlichen Fördervertrages zur Finanzierung des Studienbetriebes der Studiengänge der Fachhochschule in Wels - rückwirkend ab 01.10.2015 - möge gemäß Beilage zugestimmt werden.

Einstimmig angenommen.

18.)

Einsatz von Personal im Rahmen der Nachmittags-
betreuung in den Welser Pflichtschulen
KI-Schu-122-2016

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 07.06.2016:

Das Institut für Soziale Kompetenz wird mit der Abwicklung des Freizeitbereiches im Rahmen der Nachmittagsbetreuung in der VS 4 Pernau, NMS 6 Vogelweide sowie NMS 8 Lichtenegg mit einer Auftragssumme in Höhe von € 97.086,15 beauftragt.

GR. Mag. Mayerhofer: Wir haben nicht an allen Welsener Schulen ein flächendeckendes Betreuungsangebot. Es ist wichtig, hier als Stadt klar Position zu beziehen. Können wir ein flächendeckendes Nachmittagsbetreuungsangebot in den Schulen anbieten und welche Konsequenzen hat das? Im Kinderbetreuungskonzept der Stadt Wels aus dem Jahr 2015 wurden unter anderem auch die Hortplätze evaluiert und auch hier haben wir einiges zu investieren. Ich halte es für sehr wichtig, endlich diese Diskussion zur Setzung des Schwerpunktes bei dem Ausbau der Hortbetreuung oder in den Ausbau der Nachmittagsbetreuung an den Schulen zu führen. Das ist eine Diskussion, die wir seit Jahren nicht führen. Der ehemalige Finanzreferent Wimmer sagte einmal: Es braucht diese Entscheidung, was wir als Stadt Wels zu tun gedenken.

Im Herbst beginnt das neue Schuljahr und es gibt Eltern, die nicht wissen, wie sie es schaffen sollen ihre Kinder um 11.30 Uhr von der Schule abzuholen, weil sie eben berufstätig sind.

StR. Josseck-Herd: Sehr geehrte Frau Mag. Mayerhofer! Ich kann sie beruhigen, diese Diskussion wird geführt. Ich bin ja nicht für die Nachmittagsbetreuung zuständig, aber ich bin für die Horte zuständig und wünsche mir eine gute Zusammenarbeit mit StR. Reindl-Schwaighofer. Das Ergebnis sollte dann so aussehen, dass Kinder ab der fünften Schulstufe die Nachmittagsbetreuung in Anspruch nehmen können und die jüngeren Kinder besser im Hort aufgehoben sind. Dabei müssen die vielen Varianten und Möglichkeiten der Nachmittagsbetreuung, insbesondere mit dem Institut ISK berücksichtigt werden. Es gibt eine Qualitätsanforderung und eine Mindestanforderung. Ich wünsche mir - ich denke genauso wie Herr StR. Reindl-Schwaighofer - eine qualitätsvolle Lösung, die auch die Beaufsichtigung und Betreuung an schulfreien Tagen und den Schulferien beinhaltet.

In der Neuen Mittelschule 8 in der Dragonerstraße/Zeileisstraße haben wir eine Schule mit Nachmittagsbetreuung. Derzeit nehmen 30 Kinder diese Betreuung vom Institut ISK in Anspruch. Wir haben aber für 46 oder 48 Kinder Räumlichkeiten in dieser Schule angemietet; eine Expositur der Horte. Es ist grotesk, dass wir in einer Schule, wo alle baulichen Möglichkeiten vorhanden wären, keine Nachmittagsbetreuung im größeren Stil durchführen können aber haben dafür zwei Hortgruppen mit 46 Kindern. Meiner Meinung nach ist das nicht haltbar und hier müsste mit den Schulleitern gesprochen werden.

Dass es sehr gut funktionieren kann, zeigt die Schule in der Rainerstraße, wo die Nachmittagsbetreuung in der Schule ohne Institut durchgeführt wird und ein Großteil der Kinder daran teilnimmt. Das möchte ich in Zusammenarbeit mit Herrn StR. Reindl-Schwaighofer anstreben.

GR. Wiesinger: Wegen der gesetzlichen Rahmenbedingungen wird der Hort wahrscheinlich besser angenommen. Bei der Nachmittagsbetreuung habe ich als Elternteil das Problem fixer Betreuungszeiten. Ich habe nicht die Möglichkeit z.B. bei Dienständerung mein Kinder früher aus der Nachmittagsbetreuung abzuholen. Der Hort bietet mehr gesetzliche Flexibilität. Vielleicht sollte hier in Zukunft auf den Landes- oder Bundesgesetzgeber etwas eingewirkt und vielleicht bei der Nachmittagsbetreuung etwas Flexibilität zugelassen werden, um sie für berufstätige Eltern attraktiver zu machen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Ein wesentlicher Punkt ist sicherlich, sich bei Auftragsvergaben auch einer Grundsatzdiskussion zu stellen. Danke! Es geht darum, ein Angebot zu stellen, um den Eltern die Möglichkeit zu geben, diese Angebote auch anzunehmen. Es herrscht Konsens darüber, diese verschiedenen Angebote stellen zu wollen. Ich unterstütze selbstredend den Vorstoß von GR. Mag. Teubl betreffend verschränktes Angebot. Bei einem Gespräch mit dem Institut ISK wurde diese Frage sehr intensiv diskutiert. Ein wesentlicher Punkt, warum sich die Eltern für den Hort entscheiden, ist die Betreuung an den schulfreien Tagen bzw. in den Ferien. ISK kündigte an, in diesem Bereich Angebote zu entwickeln. Wir sind im Gespräch, weil es gewisse Time Lags bei der Übergabe von Kindern mit besonderen Bedürfnissen gibt. Vielleicht können wir das lösen.

Ich denke, wir sind hier auf gutem Wege. Wir wollen auf keinem Fall die unterschiedlichen Systeme gegeneinander ausspielen. Wir wissen, in den Horten wird hervorragende Arbeit geleistet. Es gibt Eltern, die möchten ihre Kinder einfach in den Hort geben. Das Angebot der Nachmittagsbetreuung muss ausgebaut werden, um den Eltern die Möglichkeit zu geben, diese auch in Anspruch zu nehmen. Wir haben uns vorgenommen, das im nächsten Schuljahr auszubauen, damit die Nachfragen kompensiert werden können und ersuche sie, diesen Antrag gemeinsam zu beschließen.

Der Antrag zu Punkt 18. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

19.)

Einsatz von Stützkräften im Rahmen der Nachmittags-
betreuung in den Welser Pflichtschulen
KI-Schu-123-2016

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 07.06.2016:

Das Zentrum Spattstraße wird mit der Betreuung von beeinträchtigten Kindern im Rahmen der Nachmittagsbetreuung in den Welser Pflichtschulen mit einer Auftragssumme in Höhe von € 63.449,75 beauftragt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Klaus Hoflehner

20.)

Hauptbahnhof Wels; Park & Ride Anlage-Parkdeck;
Errichtung und Betreuung
BauD-677-2014

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss am 17.06.2016:

Der Abschluss des Vertrages (ZI: IMMO-VERT-P&R-0000001-16-EP) zwischen der ÖBB-Infrastruktur AG, 1020 Wien, Praterstern 3, und der Stadt Wels, 4600 Wels, Stadtplatz 1, über die Realisierung, den Betrieb, die Betreuung und die Instandhaltung der Park & Ride-Anlage als Parkdeck im Bahnhof Wels, Hauptbahnhof, mit einem Kostenzuschuss von netto € 5,010.000,00 wird genehmigt.

Vzbgm. Kroiß: Die fast unendliche Geschichte neigt sich hoffentlich dem Ende zu. Ich fand die ersten urkundlichen Erwähnungen betreffend Parkhaus in der Neustadt aus dem Jahr 1997. Der damalige Bürgermeister Bregartner sandte einen Brief an Generaldirektor Dr. Draxler. In diesem ging es um fehlende Parkflächen für Pendler, Fahrradabstellplätze, Aussehen des Bahnhofes und um vieles mehr. Nächstes Jahr am 17. Februar hätten wir ein zwanzigjähriges Jubiläum in der Causa Parkhaus Neustadt gefeiert. Bereits im Jahr 2000 gab es die Zusage des Generaldirektors Dr. Draxler für die Errichtung eines neuen Bahnhofs mit Parkdeck in der Neustadt. Es gab auch eine Bauverhandlung zum Thema Parkhaus in der Neustadt mit 330 Parkplätzen. Letztendlich wurden Abstriche beim Bahnhof Wels gemacht. Der Bahnhof wurde 2015 eröffnet, aber leider ohne Parkhaus. Diese Lösung war natürlich nicht sehr zufriedenstellend - besonders für die Bewohner der Neustadt Süd.

Im Jahr 2010 begannen wieder die Verhandlungen mit den ÖBB, wo es wiederum um das Parkhaus in der Neustadt ging. Wir führten sehr viele Verhandlungen und letztendlich begann die Stadt Wels im Jahr 2011 mit den Planungen. Gott sei Dank können wir nun nach fast 20 Jahren Diskussion die Realisierung des Parkdecks in der Neustadt beschließen. Mit diesem Parkhaus in der Neustadt wird die Parkplatzsituation für die Anrainer entschärft. Auch die Umlandgemeinden müssen für Park & Ride Parkplätze sorgen, weil wir aus Zählungen wissen, dass nicht nur die Welsler verstärkt die Bahn nutzen, sondern auch Pendler aus den Umlandgemeinden, die mit dem Auto nach Wels fahren und hier parken. In diesem Bereich ist derzeit das Parken noch gratis. Die Pendler stellen ihr Fahrzeug in Wels ab und fahren anschließend mit der Bahn weiter. Daher sind auch die Umlandgemeinden gefordert.

Ich möchte mich auch ganz herzlich bei den ÖBB-Infrastruktur-Mitarbeitern, dem Land Oberösterreich, das uns hier wesentlich unterstützte und natürlich auch bei den Mitarbeitern im Hause Magistrat bedanken, federführend durch den Herrn Baudirektor, der diese Situation schon seit Jahren kennt. Herr Ing. Christian Hess und Herr Ing. Dieter Sterrer waren bei den Planungen von Beginn an dabei. Es haben sehr viele Personen an diesem Realisierungsbeschluss gearbeitet. Ich hoffe, dass wir so schnell wie möglich die Bauphase abschließen können, damit es endlich zur Entschärfung in diesem Bereich kommt. Wir werden selbstverständlich diesem Antrag zustimmen.

GR. Haböck: Auch für mich ist es als Neustädter und Obmann der ÖVP Neustadt ein schöner Tag und eine schöne Entscheidung, heute das JA zur Errichtung des Parkhauses zu geben. Bevor wir uns alle schulterklopfend um den Hals fallen und uns alle loben, freuen und in leicht verklärender Rückschau die Historie lächelnd erzählen, wie viele Jahre nicht schon verhandelt wurde, übernehme ich freiwillig die Rolle des „Advocatus Diaboli“ und möchte schon ein paar mahnende Worte an uns richten.

Als ich 2004 mit 19 Jahren in die Politik ging, war das Parkhaus schon einige Jahre Thema vor allem in der Neustadt. Das Thema ist immer noch präsent. Wir als Politiker müssen uns schon die Frage stellen - auch wenn wir es im Nachhinein lustig finden - wieso ein kleines Infrastrukturprojekt, wie eine Parkfläche in der Neustadt, 20 Jahre auf der Tagesordnung sein kann? Wir Politiker müssen sich ernsthaft die Frage stellen, wie wir in Zukunft im Wettbewerb neben den boomenden Umlandgemeinden, Umlandstädten und Ländern bestehen können, wenn wir für so ein kleines Projekt 20 Jahre benötigen? Wie sollen wir die größeren Herausforderungen lösen? Da könnte man jetzt sagen, die Infrastrukturmaßnahmen auf

Bundesebene, wie Tunnelbauten, Schienenausbauten und Straßenausbauten brauchen auch Jahrzehnte. Alleine in Wels stehen die Infrastrukturmaßnahmen schon seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung. Den Kaiser-Josef-Platz zu nennen wäre fast schon ermüdend, weil jeder weiß, dass dieses Thema schon lange diskutiert wird. Radwege, Ost-West-Passagen durch die Stadt, Autobahnauffahrt und –abfahrt. Wir müssen uns am Riemen reißen und in allen politischen Ebenen anstrengen, damit wir sinnvolle Maßnahmen und Infrastrukturprojekte zügig umsetzen können. Dies müssen wir im Einklang mit der Bevölkerung und mit den Kosten durchsetzen. Denn nur so können wir als Stadt Wels bestehen und auch den Wettbewerb gegenüber den boomenden Regionen gewinnen.

Wenn wir diese Aufgaben nicht schaffen, dann können wir noch so viele neue Logos entwerfen, wir werden trotzdem verlieren. Zum Glück wird es nun umgesetzt und wir haben eine gute Kostenaufteilung verhandelt. Wie heute schon erwähnt, müssen auch die Umlandgemeinden in der Zukunft ihren Teil dazu beitragen, denn jeder, der schon einmal im Neustädter Bereich des Bahnhofes parkte, weiß, dass man sich dort als Welser sehr einsam fühlt.

GR. Stojanovic, BSc: „Gut Ding braucht Weile“, heißt es so schön. Aber nun gibt es einen Lichtblick für die Neustädter Bevölkerung und für die Pendler. Schnelle und direkte Verbindungen machen das Bahnfahren attraktiver, daher war uns umso wichtiger, diese Problematik in der Neustadt aufzugreifen und Lösungen zu finden. Es war natürlich nicht einfach mit den ÖBB, mit dem Land und mit den umliegenden Gemeinden zu verhandeln, aber wir haben nun eine Lösung. Ich freue mich sehr, dass wir heute über diesen Beschluss entscheiden können. Er kostet uns sehr viel Geld, aber diese Investition lohnt sich. Ich möchte mich an die Dankesrede von Herrn Stadtrat anschließen und mich im Namen der FPÖ-Fraktion bei allen Beteiligten sehr herzlich bedanken.

GR. Wildfellner: Dieser Beschluss ist von besonderer Wichtigkeit für die Bewohner der Neustadt. Sie warten nun schon 20 Jahre auf eine Lösung ihrer Verkehrsprobleme. Ein Konzept für die Bauphase zu entwickeln ist dringend notwendig, um die Bevölkerung und die Pendler zu entlasten. Ich hoffe, dass es in der nächsten Gemeinderatssitzung einen Finanzierungsbeschluss darüber geben wird, denn es muss eine Lösung gefunden werden, wo die Menschen in der Bauzeit parken können. Ich denke, das ist bei StR. Hoflehner als Neustädter in sehr guten Händen. Ich werde auch einige Beschlüsse einfordern und daher ersuche ich unsere Finanzreferenten mit den budgetären Mitteln nicht zu knausrig zu sein.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich möchte im Namen der GRÜNEN-Fraktion nicht noch einmal alle Danksagungen wiederholen, sondern mich den Kollegen anschließen. Ebenso möchte ich mich dem Kollegen Haböck anschließen: Natürlich ist es unbefriedigend, wenn Maßnahmen so lange dauern. Wir haben heute eine Schulklasse dabei, die sich für Politik interessiert. Für diese jungen Menschen muss es schrecklich sein zu hören, dass es Dinge gibt, die 20 Jahre dauern. Auch mich frustriert das, aber es ist nun einmal so - es geht nicht immer alles so schnell.

Wenn ich mir die Bildungspolitik zur Zeit meiner Matura – das liegt nun bereits 40 Jahre zurück - ansehe, wurden Forderungen aufgestellt, die mit tatkräftiger Hilfe seitens ÖVP noch immer nicht umgesetzt sind. Da denke ich, gibt es noch viel bessere Beispiele für lange Perioden in der Politik. Umso schöner ist es, wenn man eine solche unendliche Geschichte zum Abschluss bringt.

Deshalb freuen wir uns heute und ich verstehe, dass sich die Bevölkerung in der Neustadt besonders freut. Als Lichtenegger möchte ich einen anderen Blickwinkel auf diese Sache lenken. Es ist nicht nur eine Maßnahme, um den Menschen in der Neustadt das Leben zu erleichtern, sondern es ist ein sehr wichtiges infrastrukturelles Projekt. Es ist meiner Meinung nach unterstützenswert, weil noch mehr Menschen als bisher mit der Bahn fahren werden. Es wird leichter planbar einen Zug zu erwischen. Der öffentliche Verkehr ist momentan für viele unattraktiv und mit dem Auto einen Parkplatz im Bereich Bahnhof zu finden, ist nicht gesichert. Das Parkhaus wird dazu dienen, dass mehr Menschen aus Wels und vor allem aus dem

Umland für den größten Teil ihrer Strecke vom Auto auf den Zug umsteigen. Das ist uns sehr wichtig, daher unterstützen wir GRÜNEN dieses Projekt von Beginn an, obwohl wir mitunter dafür Schelte bekamen, weil manche Puristen der Meinung sind, man müsse den öffentlichen Verkehr von Haustüre zu Haustüre einfordern.

Der Verkehrsreferent StR. Hoflehner erwähnte sehr richtig, es wäre ideal, wenn die Umlandgemeinden dazu entsprechende Maßnahmen setzen würden. Um die Umwelt zu entlasten, die Verkehrswege zu entlasten ist es sehr wichtig dieses Projekt zu unterstützen. Wenn dieses Projekt in gut einem Jahr realisiert werden sollte – wir sind immer noch sehr vorsichtig mit solchen Aussagen – dann freuen wir uns darüber.

GR. Hufnagl: Es wurde schon fast alles gesagt, deshalb möchte ich nur ein paar Anmerkungen machen zu den Aussagen von Herrn Haböck. Er hat vollkommen Recht, wir müssen die Taktfrequenz erhöhen, denn es kann nicht sein, dass alles immer so lange dauert. Ich möchte auch dem Kollegen Mag. Teubl recht geben, denn ich gehöre zu dieser Personengruppe, die jetzt öfter mit der Bahn fahren wird. Morgens komme ich sehr schwer aus dem Bett und wenn ich nach der Überlegung – Auto oder Zug – mich für den Zug entschied, versäumte ich diesen fast immer, weil ich keinen Parkplatz fand. Das heißt, auch als Lichtenegger hat man Vorteile von diesem Parkdeck.

Von der Transparenz muss der Bevölkerung eindeutig gesagt werden, dass es sich dabei von der Stadt Wels um eine Subvention handelt und das heißt nicht, dass das falsch ist, sondern es ist absolut wichtig. Es ist keine Investition, weil uns nachher weder das Grundstück noch das Gebäude gehört. Wir zahlen 2,5 Mio. Euro und fördern damit den öffentlichen Verkehr in unserer Stadt, indem wir Reisenden und Pendlern Parkplätze zur Verfügung stellen.

Ich möchte ein Lob an den Baudirektor Dipl.-Ing. Pany aussprechen. In diesen Verträgen entdeckte ich ein paar an die Zukunft gerichtete Klauseln, die uns vielleicht bei Gesetzesänderungen nachträglich noch finanziell besser stellen. Mir gefällt an der Planausführung sehr gut, dass es keine Säulen geben wird, denn mich nerven beim Einparken in diversen Parkhäusern immer diese Säulen und die zu kleinen Parkplätze. Weiters sehr gut überlegt ist die Überdachung des oberen Geschosses - man braucht sich nicht um die Schneeräumung zu kümmern – und die vielen Fahrradparkplätze und und und. Sehr gut wurde von Anfang an der direkte barrierefreie Zugang vom Übergang zu den Gleisen überlegt. Einfach ein rundum gut geplantes, durchdachtes, wichtiges Projekt und deshalb werden die NEOS zustimmen.

GR. Mag. Mayerhofer: Der Debatte ist zu entnehmen, dass das Parkdeck in der Neustadt realisiert wird. StR. Hoflehner sagte, er will vermeiden, dass wir zur Schnittpunkte zwischen Individualverkehr und öffentlichen Verkehr werden. Durch die Bezeichnung „Park & Ride“ lässt sich das wohl nicht vermeiden. Wir schaffen eine Parkmöglichkeit für die Pendler und daran schließen sich für uns ganz wesentliche Fragen: Wie sieht es mit dem Verkehrsaufkommen, den Spitzenzeiten, Lärm und Abgasen aus? Das betrifft gerade die Anrainer. Wie bekommen wir die Reisenden dazu, das Parkdeck auch tatsächlich zu nutzen? Diverse Parkgaragen in der Innenstadt stehen leer und trotzdem drehen wir die 10. Runde über den Stadtplatz, um einen Parkplatz zu finden.

StR. Hoflehner: Danke für die vielen Beiträge und wir sind noch lange nicht am Ende der Debatten. Besonders bedanken möchte ich mich nachträglich noch bei Herrn Ing. Dieter Sterrer von der Verkehrsplanung.

Zu Kollegen Haböck möchte ich anführen, dass ich bzw. kein Neustädter diese Diskussion die letzten 20 Jahre lustig fand. Die Schüler vom Brucknergymnasium sind jetzt nicht mehr anwesend, aber die meisten von ihnen waren bei Beginn der Diskussion noch nicht einmal auf der Welt und stehen jetzt mitten im Leben. Dazu gäbe es viele Beispiele, die ich nicht gut finde,

wie die Lambacher Umfahrung, denn auch dort haben die Lambacher eine andere Zeitdimension im „Einsteinschen“ Sinne.

Ja, der stadtreionale Verkehr ist ein Thema der Zukunft nicht nur in Wels, sondern auch in allen Zentralräumen wird gleiches diskutiert. Das ist meine Zuversicht und mein positiver Ansatz, dass wir als Stadt Wels nicht alleine dastehen werden. Ich bedanke mich bei der Kollegin Stojanovic für den Hinweis, dass 20 Jahre nicht nur 20 Jahre sind, sondern sich da auch einiges verändert hat. Das heißt, wir stehen hier nicht mehr vor der gleichen Situation wie vor 20 Jahren. Liebe Barbara, ich bin nichts anderes von dir gewohnt, denn du forderst mich noch viel mehr, als viele andere. Danke und behalte das so weiter.

Liebe Kollegin Mag. Mayerhofer, ich möchte jetzt nicht zur Parkdeckcity von Österreich werden. Wir werden in Zukunft mittelfristig und langfristig etwas über den Stadtrand hinausdenken müssen, wollen und sollen. Dazu sehe ich große Bereitschaft.

Kollege Hufnagl, sie können auch mit dem Fahrrad zum Bahnhof fahren. Selbst da ist es schwierig einen Parkplatz zu finden und hoffe, es wird sich das in einem Jahr geändert haben. Auch ich finde die Überdachung des oberen Geschosses zwecks Ersparung der Schneeräumung sehr gut, obwohl, wenn es so weitergeht, es eher ein Sonnendeck werden wird.

Weniger Sorge habe ich wegen der Auslastung, denn wenn ich als Bahnkunde zum Nulltarif mein Auto sicher und geschützt abstellen kann, fällt mir außer der Gewohnheit kein logischer Grund ein, hier fünf Runden in Krankenhaushöhe zu drehen und nicht in der Parkgarage zu parken. Ob das Realität wird oder nicht werden wir sehen – wir werden uns jedenfalls bemühen.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 20. wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt dem Berichterstatter.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

21.)

Tourismusverband Wels, Stadtplatz 44;
Zuschuss für touristische Maßnahmen und Projekte
sowie Naturalsubvention in Form von Arbeitskräften
BZ-Pol-90002-2016

Der Antrag (Anlage 20) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 13.06.2016:

1. Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für das Jahr 2016 einen Zuschuss in Höhe von insgesamt € 100.800,00 zu Lasten der VASSt. 1.7710.757100.8, wobei die Auszahlung in zwei gleichen Teilbeträgen zu je € 50.400,00 erfolgt (erster Teilbetrag umgehend nach Beschlussfassung und zweiter Teilbetrag am 01.08.2016).
2. Die beiliegenden Gestellungsverträge betreffend Beistellung von Dienstnehmern der Stadt Wels im Ausmaß von 20 Wochenstunden (derzeit Frau Mag. Claudia Schmuck) und 40

Wochenstunden (derzeit Frau Irene Enzendorfer) in Form einer Naturalsubvention werden – unabhängig von Änderungen der tatsächlich eingesetzten Dienstnehmer – genehmigt.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung dieser Förderungsmittel ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2016 bis spätestens 01.05.2017 zu erbringen.

Einstimmig angenommen.

22.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 218/1.8 (Stadtteil Lichtenegg)
BZ-BauR-6014-2015

Der Antrag (Anlage 21) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 13.06.2016, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 218/1.8 (Stadtteil Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt dem Berichterstatter.

Nach Abhaltung der Bürgerfragestunde von 17.39 Uhr bis 17.41 Uhr bedankt sich der Herr Bürgermeister für die rege Diskussion und erklärt diese Sitzung für beendet.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 07.11.2016 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.